IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH

Strategiebericht 2012 zur EU-Strukturpolitik

Berichterstattung zum Nationalen Strategischen Rahmenplan für den Einsatz der EU-Strukturfonds in der Bundesrepublik Deutschland

Anhang

im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

Dezember 2012

IfS Institut für Stadtforschung und
Strukturpolitik GmbH

Strategiebericht 2012 zur EU-Strukturpolitik

Berichterstattung zum Nationalen Strategischen Rahmenplan für den Einsatz der EU-Strukturfonds in der Bundesrepublik Deutschland

Anhang

Bearbeitung:
Dr. Tasso Brandt
Wolfgang Jaedicke
Dr. Oliver Schwab (Projektleitung)
Dr. Kathleen Toepel

im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

Dezember 2012

IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH · Lützowstraße 93 · 10785 Berlin
Telefon 030 25 00 07-0 · Telefax 030 2 62 90 02 · E-Mail IfS@ifsberlin.de · Internet www.ifsberlin.de

Gesellschafter:
Dr. Reinhard Aehnelt
Prof. Dr. Christian Diller
Prof. Dr. Karl-Hermann Hübler
Dipl.-Pol. Wolfgang Jaedicke
Peter Luther, M.A.
Dr. Oliver Schwab
Dipl.-Hdl. Gisela Seidel
Dipl.-Geogr. Jürgen Veser (Geschäftsführer)
Dipl.-Ing. Bärbel Winkler-Kühlken
Prof. Dr. Hellmut Wollmann
Dr. Katrin Zapf

Kurztitel:

Strategiebericht 2012 - IfS M16/2b

Inhalt

1. Sozioökonomische Entwicklung im internationalen Vergleich 1

2. Zuordnung der vorrangigen Themen zu den thematischen Prioritäten des NSRP 11

3. Umsetzungsstände 12

4. Geplante und bewilligte Strukturfondsmittel nach Codes 15
4.1 Wettbewerbsfähigkeit 15
4.2 Konvergenz 16

5. Bewilligte ESF-Mittel nach Thematischen Prioritäten und vorrangigen Themen des Kategoriensystems 17

6. ESF: Teilnehmereintritte 22

7. Bewilligte EFRE-Mittel nach Thematischen Prioritäten und vorrangigen Themen des Kategoriensystems 26

8. Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise und Reaktionen – Zusammengefasste Antworten der Länder auf den Fragebogen der Kommission nach Annex II der Guidance Note 27
8.1.1 Übergreifende Fragen 27
8.1.2 Detailfragen nach Annex II der Guidance Note von GD REGIO und GD EMPL 28

9. Vollständig Liste der durchgeführten Evaluierungen 35

10. Good Practice-Beispiele 48
10.1 NRW/EU.Investitionskapital (Intelligentes Wachstum - EFRE) 48
10.2 Transnationale FuE-Vorhaben (Intelligentes Wachstum – EFRE) 50
10.3 Initiative Oberschule Brandenburg (ESF) 52
10.4 Windenergiecluster Cuxhaven (Nachhaltiges Wachstum – EFRE + ESF) 54
10.5 Stärkung der berufsbezogenen Sprachkompetenz (Integratives Wachstum – ESF) 58

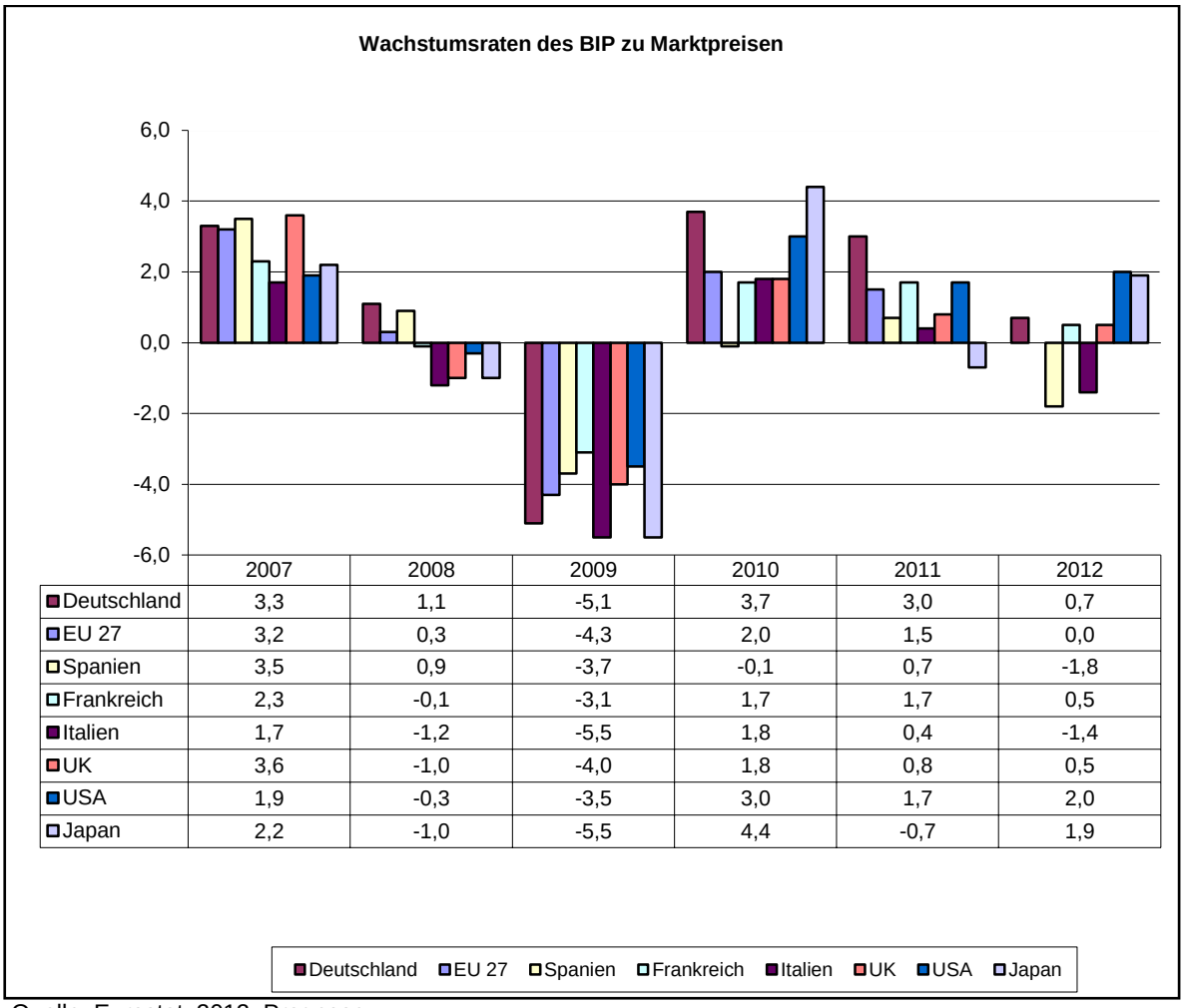
1. Sozioökonomische Entwicklung im internationalen Vergleich

Deutschland steht als rohstoffarmes Hochlohnland im Wettbewerb um neue Produkte, Verfahren und Dienstleistungen. Dabei hängt die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands entscheidend davon ab, Innovationen im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungssektor hervorzubringen. Die künftige soziale und wirtschaftliche Entwicklung hängt entscheidend davon ab, inwieweit es gelingt, zentralen Herausforderungen wie dem Fachkräftemangel, dem demographischen Wandel sowie der Energiewende und dem Klimawandel gerecht zu werden.

Die Gesamtbevölkerung Deutschlands beträgt gegenwärtig (2012) 81,8 Mio. Menschen. Das entspricht einem Anteil von etwa 16 % an der EU 27. Wie fast in allen hochentwickelten Ländern ist in Deutschland ein tiefgreifender demographischer Wandel zu beobachten. So wird Prognosen zufolge die Bevölkerung bis 2020 um 0,5 % zurückgehen. Die Altersstruktur wird sich deutlich verändern. Bis zum Jahr 2040 – so Prognosen – wird der Anteil der unter 20- Jährigen von 17,9 % im Jahr 2012 auf 16 % sinken. Am anderen Ende der Alterspyramide wird sich der Anteil der über 65-Jährigen von 20,8 % (2012) auf 30,9 % im Jahr 2040 erhöhen. Die Anzahl der Gesamtbevölkerung wird im gleichen Zeitraum von rd. 82 Mio. auf 76,8 Mio. abnehmen.

Im Jahr 2011 entfielen 18,3 % aller europäischen Erwerbstätigen auf Deutschland. Sie erwirtschaften hier einen Anteil von rund 20% des europäischen Bruttoinlandsproduktes. Das BIP pro Kopf gehört mit 30.100 KKS nach Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweden und Dänemark zu den höchsten in der EU.

Während die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland im Jahr 2007 noch im Durchschnitt der EU 27 lag (Abb. 1), zeigt sich ab 2008 deutlich die beginnende Wirtschafts- und Finanzkrise mit deutlich sinkenden und teilweise negativen Wachstumsraten. Im Jahr 2009 sank auch in Deutschland das BIP um 5,1 % gegenüber dem Vorjahr. Aber bereits 2010 war die Wachstumsrate wieder positiv und lag deutlich über dem Durchschnitt der EU 27 und wichtiger Wettbewerber wie den USA. Es bestehen jedoch Anzeichen, dass sich das Wachstum in 2012 wieder abflacht.



	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	3,3	1,1	-5,1	3,7	3,0	0,7
EU 27	3,2	0,3	-4,3	2,0	1,5	0,0
Spanien	3,5	0,9	-3,7	-0,1	0,7	-1,8
Frankreich	2,3	-0,1	-3,1	1,7	1,7	0,5
Italien	1,7	-1,2	-5,5	1,8	0,4	-1,4
UK	3,6	-1,0	-4,0	1,8	0,8	0,5
USA	1,9	-0,3	-3,5	3,0	1,7	2,0
Japan	2,2	-1,0	-5,5	4,4	-0,7	1,9

Quelle: Eurostat. 2012: Prognose.

Die deutsche Wirtschaft ist in hohem Maße exportorientiert und damit auch exportabhängig. So betrug der Anteil Deutschlands am Welthandel 2010 8,3 %, was einen Rückgang gegenüber 2003 (10,0 %) bedeutet. Gleichzeitig ist Deutschland als rohstoffarmes Land auch auf Importe insbesondere im Energiebereich angewiesen.

Nach einem dramatischen Einbruch der Exporte 2008/2009 haben die Exporte Deutschlands wieder deutlich angezogen. Nach einem leichten Rückgang im 1. Quartal 2011 nahmen die Warenausfuhren bis zum Jahresende 2011 im Vergleich zum Vorquartal jeweils um rund 2 % zu. Die Warenimporte wiesen seit der Krise im Wesentlichen den gleichen Verlauf auf, aber stiegen im 4. Quartal 2011 nur noch um 0,2 %.

Hinsichtlich der allgemeinen Erwerbstätigenquote (der 15- bis 64-Jährigen) ist die Entwicklung für Deutschland seit 2006 sehr günstig: Lag die Erwerbstätigenquote im Jahr 2006 noch bei knapp 71 %, so stieg der Wert im Jahr 2011 auf 76,3 % und lag damit in

diesem Zeitraum immer deutlich über dem Beschäftigungszielwert von Lissabon (70%). In den letzten Jahren lag Deutschland hinter den Niederlanden auch an der Spitze in Europa. Auch die Frauenerwerbstätigenquote ist in den letzten Jahren angestiegen, so dass das Ziel von 60 % überschritten wird. Im Jahr 2011 betrug die Quote sogar 71,1 %. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Teilzeitarbeit von Frauen zugenommen hat.

Bei den älteren Arbeitnehmern über 55 Jahre lag Deutschland im Jahr 2011 mit knapp 59,9 % knapp unter dem Zielwert von 60%. Allerdings konnte Deutschland die Quote seit 2008 um 6 Prozentpunkte anheben und lag damit im vergangenen Jahr auch deutlich über dem Durchschnitt der EU 27 (47,4%).

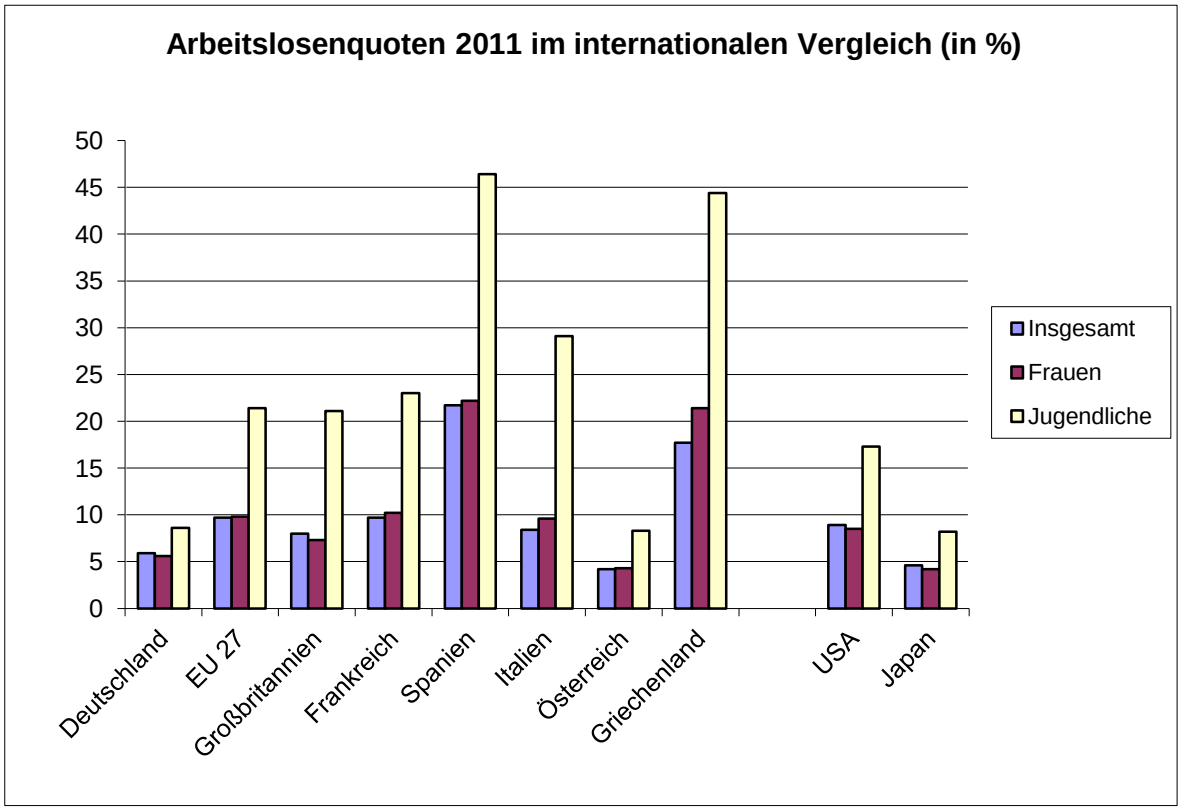
Die von Eurostat auf Basis der Arbeitskräfteerhebung ausgewiesene Arbeitslosigkeit war in Deutschland im Jahr 2011 mit 5,9 % deutlich geringer als der EU 27-Durchschnitt (9,7 %). Während die meisten Mitgliedstaaten einen starken Anstieg der Arbeitslosenquoten seit 2008 verzeichneten, bewegte sich die Arbeitslosenquote in Deutschland - nach einem nur geringfügigen Anstieg 2009 gegen den europaweiten Trend. Nur die Niederlande, Österreich und Luxemburg hatten niedrigere Arbeitslosenquoten. In vielen Fällen konnten die Betriebe auch dank der umfangreichen Nutzung des Kurzarbeitergeldes als arbeitsmarktpolitisches Instrument ihre Belegschaft halten. Das bildete den Grundstein für die schnelle wirtschaftliche Erholung und den von 2010 bis 2012 zu verzeichnenden weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit. Allerdings klafft zwischen West- und Ostdeutschland noch immer eine große Lücke: so ist die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland etwa doppelt so hoch als im Westen. Auch die Arbeitslosigkeit der Migranten, die nicht in der EU geboren wurden, ist höher als der Durchschnitt (2010: 13 % gegenüber 7%).

Bei der Arbeitslosenquote von Frauen kann für das Jahr 2011 ebenfalls eine positive Entwicklung konstatiert werden: so verbesserte sich die Quote von 7,3 % im Jahr 2009 auf 5,6 % im Jahr 2011.

Ein nach wie vor großes Problem stellt für Deutschland das vergleichsweise hohe Niveau der Langzeitarbeitslosigkeit dar. Im Jahr 2011 lag die Langzeitarbeitslosenquote in Deutschland bei 2,8 %. Allerdings ist die Langzeitarbeitslosigkeit nach fast 5 % im Jahr 2007 erheblich gesunken. Bereits seit 2010 liegt Deutschland unter dem Durchschnittswert der EU 27 (2011: 4,1 %). Die Gesamtzahl der Langzeitarbeitslosen betrug Ende 2011 1,2 Mio. Personen.

Neben der allgemeinen Arbeitslosenquote und der Langzeitarbeitslosigkeit ist das Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit ein wichtiger beschäftigungspolitischer Indikator. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in Deutschland seit 6 Jahren gesunken. Nur im Jahr 2009 gab es krisenbedingt einen geringfügigen Anstieg. So verbesserte sich die Arbeitslosenquote der

15- bis 24-Jährigen von 11,9 % im Jahr 2007 auf 8,6 % im Jahr 2011. Damit liegt Deutschland deutlich unterhalb des entsprechenden Durchschnittswerts für die EU 27, der im selben Jahr 21,4% betrug. Deutschland widersetzte sich auch hier dem europäischen Trend: Die Jugendarbeitslosenquoten sind seit 2008 in der EU stark angestiegen. Besonders hoch sind die Werte in Griechenland und Spanien, wo die Jugendarbeitslosigkeit rund 45 % beträgt. Trotz der insgesamt positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt für junge Menschen bestehen in Deutschland nach wie vor große Herausforderungen, um den Übergang von der Schule in den Beruf erfolgreich zu gestalten.



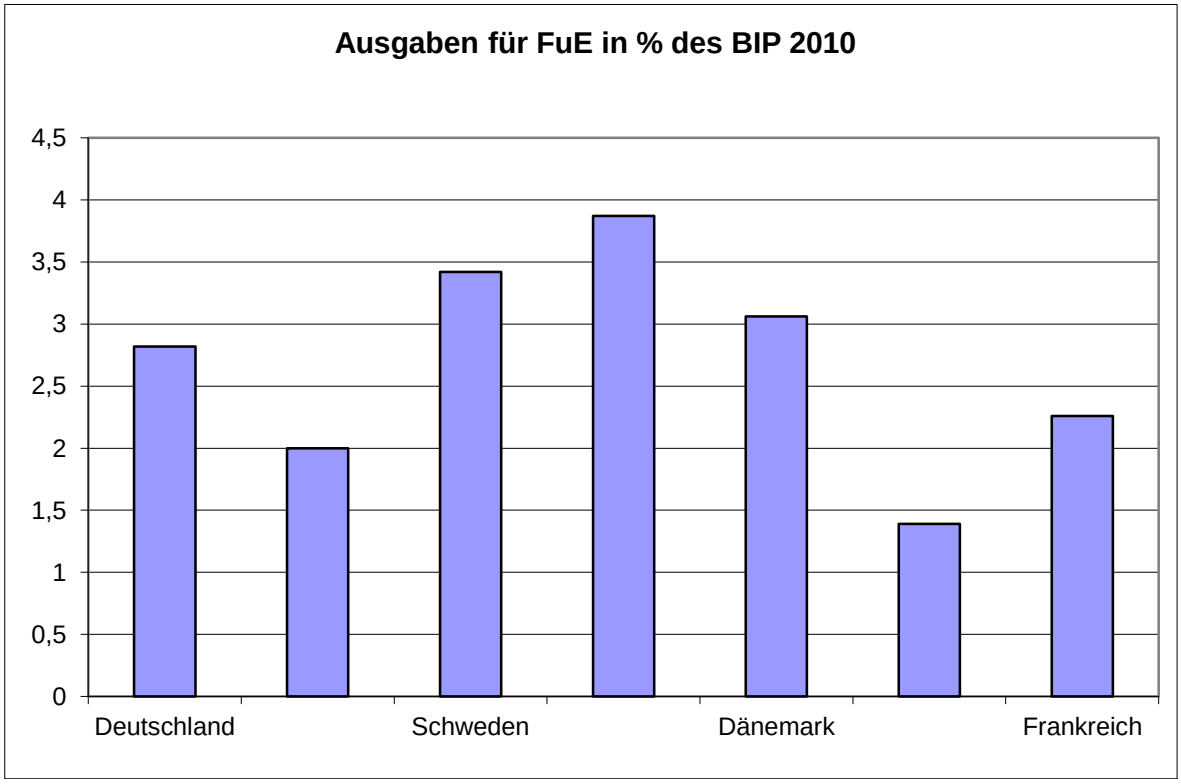
Die Entwicklungen am Arbeitsmarkt haben Auswirkungen auf die Armut und soziale Ausgrenzung. Im Jahr 2010 waren in Deutschland 12,648 Mio. Menschen von Armut (nach Sozialleistungen) bedroht. Das entspricht 15,6 % der Bevölkerung. Deutschland liegt damit nur geringfügig unter dem Wert für die EU 27 (16,4 %). Diese Zahl ist in Deutschland zudem seit 2005 um 3,4 Prozentpunkte gestiegen. 6,69 Mio. Menschen leben in Haushalten mit sehr niedriger Erwerbstätigkeit . 3,67 Mio. leiden unter erheblicher materieller Deprivation, d.h. ihre Lebensbedingungen sind aufgrund fehlender Mittel stark eingeschränkt und sie sind nicht in der Lage, für grundlegende Ausgaben aufzukommen (z.B. Miete, Beheizung, Telefon, unerwartete Ausgaben).

Unternehmensinvestitionen sind ein wichtiger Indikator für wirtschaftliches Wachstum. Betrug der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen des Unternehmenssektors am BIP im Jahr 2008 noch etwas mehr als 11 %, so sank der entsprechende Wert in der Wirtschafts- und Finanzkrise auf 9,98 % im Jahr 2010. Im Vergleich zur EU 27 schneidet Deutschland unterdurchschnittlich ab. Am aktuellen Rand (2010) liegt der Wert für die EU 27 bei 10,66 %, wobei die neuen Mitgliedsländer der EU – mit Investitionsquoten teilweise über 14 % den Durchschnitt anheben. In der Wirtschafts- und Finanzkrise sind die Investitionsquoten der Unternehmen jedoch überall erheblich gesunken. Der Anteil der staatlichen Investitionen am BIP ist in Deutschland im gleichen Zeitraum zwar leicht gestiegen (von 1,57 % auf 1,64 %), konnte aber den Rückgang bei den Unternehmensinvestitionen nicht ausgleichen.

Forschung, technologische Entwicklung und Innovationsfähigkeit sind eine wesentliche Triebfeder der nationalen Wettbewerbsfähigkeit und letztlich des gesellschaftlichen Wohlstands. Eine Ausschöpfung der Wachstumspotenziale der Wirtschaft und insbesondere der Industrie ist in allen industriell entwickelten Volkswirtschaften in zunehmendem Maße nur noch über eine Verbesserung der Innovationskraft erreichbar. Deutschland behauptet sich im internationalen Wettbewerb vor allem über eine leistungsfähige, innovative und forschungsintensive Industrie. Deutschland nimmt eine weltweit führende Rolle bei der Patentierung von technischen Erfindungen und bei der Publikation wissenschaftlicher Ergebnisse ein. Die Anzahl wissenschaftlicher Publikationen (gemessen je Mio. Einwohner) ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen (von 2005 bis 2010 um 28%). Der Zuwachs an transnationalen Patenten pro eine Million Einwohner betrug von 2001 bis 2009 rund 13 %. Im selben Zeitraum vergrößerte sich der Abstand Deutschlands zum EU-27-Durchschnitt geringfügig (von rund 244 % auf rund 250 % der jeweiligen europäischen Werte).

Im Jahr 2010 sind die deutschen Ausgaben für FuE in % des Bruttoinlandsproduktes) auf 2,82 % gestiegen. Damit liegt Deutschland zwar über dem Durchschnitt der EU 27 (2 %), verfehlt jedoch das Europa 2020-Ziel von 3,0% noch deutlich. Bemerkenswert ist der Rückstand zu den führenden Ländern Finnland (3,87%), Schweden (3,42 %) und Dänemark (3,06 %). Die FuE-Aufwendungen im Verhältnis zum BIP sind in Deutschland und in fast allen Mitgliedstaaten in der Krise jedoch nicht zurückgegangen.

In der deutschen Wirtschaft stiegen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung trotz Wirtschafts- und Finanzkrise auf rund 47 Mrd. Euro im Jahr 2010. Das ist ein Zuwachs um mehr als 20 % gegenüber 2005. Insgesamt liegen die FuE-Aufwendungen der Wirtschaft bei 1,89 % des BIP und damit um mehr als die Hälfte höher als im EU-Durchschnitt (1,16%). Auch die Zahl der in Forschung und Entwicklung tätigen Menschen ist von 2005 bis 2010 um über 72.000 Vollzeitäquivalente gestiegen.



Quelle: Eurostat.

Ein Beleg für die Dynamik und strukturelle Anpassungsfähigkeit in der Wirtschaft sind die Unternehmensgründungen. Im Jahr 2011 standen in Deutschland rund 821 Tsd. Gewerbeanmeldungen 715 Tsd. Abmeldungen gegenüber. Das waren ca. 10 Anmeldungen pro Tsd. Einwohner. Die Gründungsrate neuer Unternehmen lag Deutschland mit nur 8,31 % im Jahr 2009 jedoch unter dem europäischen Durchschnitt (etwa 10 %). Sie ging auch seit 2004 fast kontinuierlich zurück. Die Gründungsraten sind in den mittel- und osteuropäischen Ländern deutlich höher, aber auch in Frankreich (15,35 %), Portugal (11,27 %) und den Niederlanden (12,1 %).

Eine ausreichende Ausstattung mit Humankapital und eine zukunftsfähige Bildung sind in der vorwiegend wissensbasierten Wirtschaft Deutschlands von entscheidender Bedeutung. Ein besonders sensibler Indikator ist der Anteil der 18- bis 24-Jährigen mit abgebrochener Schul- und Berufsausbildung. Diese Personengruppe ist besonders in Gefahr, den Anforderungen der modernen Arbeitswelt nicht oder nur in unzureichendem Maße gerecht zu werden. Die aktuellen von Eurostat veröffentlichten Zahlen für 2011 zeigen, dass Deutschland mit einem Anteil von 9,6 % frühzeitiger Schul- und Ausbildungsabgänger unter dem EU-Durchschnitt liegt (EU 27: 13,5 %). Das Ziel von Europa 2020 von rund 10 % wird von Deutschland aber noch verfehlt. Bemerkenswert ist dennoch der insgesamt

positive Entwicklungstrend Deutschlands seit 2006. Hier betrug der Anteil der vorzeitigen Schulabgänger noch 13,7 Prozent.

Daten des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass zudem 6,1 % der Schülerinnen und Schüler die allgemeinbildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss verlassen (Abgangsjahr 2010). Unter den Ausländern ist die Quote mit 12,8 % mehr als doppelt so hoch.

Bezüglich des Bevölkerungsanteils der 20- bis 24-Jährigen, die mindestens einen Abschluss der Sekundarstufe II haben, schneidet Deutschland im Jahr 2011 im Vergleich zur EU 27 unterdurchschnittlich ab. Der Anteil lag nach Eurostat bei 75,8 %, in der EU 27 jedoch bei 79,5 %. Allerdings konnte Deutschland den Anteil seit in den letzten Jahren von 74,1 % im Jahr 2008 weiter erhöhen. Auch beim weiblichen Bevölkerungsanteil der 20- bis 24- Jährigen, die mindestens einen Abschluss der Sekundarstufe II haben, hat Deutschland insbesondere in den letzten zwei Jahren eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Der entsprechende Wert erhöhte sich bis 2011 auf 78,1%, liegt damit aber noch immer unter dem Durchschnittswert der EU 27 (82,4%). Insgesamt wird der Zielwert von Lissabon von 85 % - sowohl bezogen auf die Gesamtbevölkerung, als auch die Frauen - jedoch noch deutlich verfehlt.

Neben der Entwicklung der Schulabgängerquoten geben die Tertiärabschlüsse Auskunft über das Angebot hochqualifizierter Absolventen auf dem Arbeitsmarkt. Beim Anteil der 30-34jährigen mit abgeschlossenem Hochschulstudium (ISCED 5 und 6) liegt Deutschland mit nur 30,7 unter dem Durchschnitt der EU 27 (34,6), wobei der Anteil der Hochschulabsolventen in Deutschland seit 2006 um 5 Prozentpunkte gestiegen ist. Das Europa 2020-Ziel (für Deutschland: 42) wird nicht erreicht. Zu berücksichtigen ist das sehr leistungsfähige System der Berufsausbildung in Deutschland, das sehr häufig zu Ausbildungsniveaus führt, die in anderen Mitgliedsstaaten mit einem Hochschulabschluss erreicht werden. Berücksichtigt man auch diese den tertiären Abschlüssen vergleichbaren Abschlüsse (ISCED 4-Niveau), so liegt der Ist-Wert für das Europa 2020-Ziel in Deutschland bei 41,3 % (2010).

Ausgehend von den Stärken der deutschen Wirtschaft mit Schwerpunkten im Automobil- und Maschinenbau, in der Elektrotechnik, der chemischen und pharmazeutischen Industrie, aber auch bei den wissensintensiven Dienstleistungen, kommt der Versorgung der Unternehmen mit ausreichend naturwissenschaftlich-technischen Fachkräften eine besondere Rolle zu. Deutschland konnte hier seit 2002 deutlich zulegen, auch im Verhältnis zur EU 27. Im Jahr 2010 lag Deutschland mit 14,5 erstmalig über dem Durchschnitt der EU 27 (12,5). Ein Rückstand besteht vor allem gegenüber Irland und Finnland sowie den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten.

Eine weitere Herausforderung besteht in der Weiterentwicklung des deutschen Bildungssystems, um den Anforderungen der wissensbasierten Gesellschaft gerecht zu werden. Die letzte PISA-Studie 2009 zeigt, dass Deutschland inzwischen unter 65 Ländern bei den Naturwissenschaften (Position 9) und bei der Mathematik (10) einen Platz über dem OECD-Durchschnitt einnimmt, bei dem Leseverständnis (16) jedoch nur einen Platz im Mittelfeld. Von den EU-Staaten liegen Finnland und die Niederlande in allen drei Kompetenzbereichen vor Deutschland. Die Lesekompetenz in Deutschland hat jedoch seit 2000 signifikant zugenommen. Dies ist vor allem auf den Rückgang des Anteils an Jugendlichen mit sehr schwacher Lesekompetenz zurückzuführen. Der Unterschied zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund hat signifikant abgenommen. Die Abstände im Kompetenzniveau zwischen den sozialen Schichten haben sich zudem gegenüber 2000 reduziert.

Neben der formalen Qualifikation beim Einstieg in das Berufsleben kommt es verstärkt darauf an, erworbene Fähigkeiten und Kenntnisse regelmäßig weiterzuentwickeln. Dadurch kann die Stellung auf dem Arbeitsmarkt gesichert oder verbessert werden. Ein Indikator hierfür ist die Weiterbildungsbeteiligung der Beschäftigten. Für Deutschland bedarf es hierbei weiterer Anstrengungen. So beträgt der Anteil der an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmenden erwachsenen Personen im Alter von 25 bis 64 Jahren im Jahr 2011 mit 7,8 % deutlich unter dem EU 27-Durchschnitt von 8,9 %. Die Werte sind seit 6 Jahren nahezu unverändert. Das EU-Ziel von 12,5 % bleibt somit noch in weiter Ferne.

Bei der Versorgung mit Breitbandanschlüssen hat Deutschland weiter aufgeholt. Fast jeder dritte Einwohner verfügte im Jahr 2010 über einen solchen Anschluss (31,3 auf 100 Einwohner). Damit liegt Deutschland hier über dem Durchschnitt der EU 27 (25,7).

Für Deutschland kommt der Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur aufgrund seiner zentralen Lage in Europa sowie der starken außenwirtschaftlichen Verflechtung eine besondere Bedeutung zu. Dies wird beispielsweise beim Betrachten des Anteils der aus anderen EU-Ländern stammenden Einfuhren Deutschlands deutlich: Im Jahr 2011 betrug dieser Anteil in Deutschland 63,6 %, bei den Ausfuhren in die EU waren es 59,3 %. Insgesamt besitzt Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern eine moderne und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur. In regionaler Differenzierung sind dennoch regionale Defizite in der Qualität und Ausstattung zu beobachten. Beim Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt liegt Deutschland im Jahr 2010 mit einem Indexwert (2000=100) von 102,4 über dem EU 27-Durchschnitt (98,6). In Deutschland ist das Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP seit 2007 gesunken. Sobald die Krise überwunden ist, wird auch der Transport von Gütern wieder stärker nachgefragt. Die Krise verändert nichts an der Hauptursache des Güterverkehrswachstums, nämlich der zunehmen-

den internationalen Arbeitsteilung. Die Prognose des Bundesverkehrsministerium bis 2025 geht daher von einem weiteren Wachstum des Güterverkehrs aus.

Die Art und Weise, wie in Deutschland gegenwärtig Energie erzeugt und genutzt wird, ist nicht vollständig nachhaltig. Die dabei entstehenden Treibhausgasemissionen und der Ressourcenverbrauch gefährden die natürlichen Lebensgrundlagen. Darüber hinaus hat die Katastrophe in Fukushima gezeigt, dass auch die Atomkraft zu viele Risiken in sich birgt. Deutschland verfolgt daher seit 2011 einen geplanten Ausstieg aus der Atomenergie bis 2022, der Anreize für den Ausbau erneuerbarer Energien und die Steigerung der Energieeffizienz setzt. Die tragende Säule der zukünftigen Energieversorgung bilden die erneuerbaren Energien. Das nationale Energiekonzept sieht vor, den Anteil an der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch auf 35% bis 2020 zu steigern.

Beim Anteil der Elektrizitätserzeugung aus erneuerbaren Energiequellen am Bruttostromverbrauch zeigt sich, dass Deutschland seit 2004 den Abstand zum Durchschnitt der EU 27 deutlich verringert hat. Lag der Wert 2005 noch bei 10 %, so konnte der Anteil bis 2010 auf 16,9% erhöht werden. Der Durchschnittswert der EU 27 liegt im selben Jahr bei 19,94 %. Der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch betrug im Jahr 2010 für Deutschland 11 %. Das Europa 2020-Ziel (für Deutschland 18 %) wird somit noch nicht erreicht.

Hinsichtlich der Energieintensität der Wirtschaft weist Deutschland im Vergleich mit der EU 27 einen günstigen Wert auf: So beträgt der Bruttoinlandsverbrauch an Energie im Jahr 2010 149,5 Öläquivalent in Kilogramm pro 1.000 Euro BIP, der Vergleichswert für die EU 27 liegt bei 167,99. Die Energieintensität in Deutschland ist jedoch seit 2007 nahezu unverändert geblieben. Eine niedrigere Energieintensität haben in der EU nur Dänemark, Irland, Italien und Österreich.

Unter den weltweit 10 größten CO2-Emittenten liegt Deutschland im Jahr 2011 an sechster Stelle, mit großem Abstand hinter den USA, China, Russland, Japan und Indien. Die Emission von Treibhausgasen ist in den letzten Jahren weiter zurückgegangen: in Deutschland gegenüber dem Stand von 1990 auf 75 Prozent in 2010. im Jahr 2009 waren die Emissionen krisenbedingt noch etwas geringer (73 %). Damit unterschreitet Deutschland das Europa 2020-Ziel (80 %) bereits jetzt.

Die fortschreitende Flächeninanspruchnahme durch Siedlung und Verkehr ist bereits seit einigen Jahren Thema in der Nachhaltigkeitsdiskussion. Dabei steht die Frage im Vordergrund, wie das Nachhaltigkeitsziel der Bundesregierung erreicht werden kann, die bundesweite Neuinanspruchnahme für Siedlungszwecke bis 2020 auf 30 ha täglich zu redu-

zieren. Seit dem Jahrtausendwechsel hat der Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsflächen von 129 ha pro Tag (1997-2000) kontinuierlich abgenommen und lag im Durchschnitt der Jahre 2009 und 2010 bei 77 ha pro Tag. Einer aktuelle Prognose bsi 2030 zufolge werden sich die großen, räumlichen Unterschiede in der Siedlungs- und Verkehrsflächeninanspruchnahme fortsetzen, auch wenn die Neuinanspruchnahme insgesamt rückläufig ist.

2. Zuordnung der vorrangigen Themen zu den thematischen Prioritäten des NSRP

Tabelle 2.1: Zuordnung des Codes für das vorrangige Thema nach Kategoriensystem zu den thematischen Prioritäten des NSRP

Thematische Priorität NSRP	Codes vorrangiges Thema
Innovation	1, 2, 3, 4, 7, 10, 11, 12, 13
Wettbewerbsfähigkeit	5, 6, 8, 9, 14, 15
Regionale Potenziale und nachhaltige Entwicklung	16, 18, 23, 24, 25, 26, 28, 29, 30, 31, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 75, 76, 77, 78, 79
Überregionale Verkehrsinfrastrukturen	17, 19, 20, 21, 22, 27, 32
Steigerung der Anpassungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten	62, 63, 64, 68
Verbesserung des Humankapitals	72, 73, 74
Verbesserung des Zugangs zur Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung von benachteiligten Personen	65, 66, 67, 69, 70, 71, 80
Technische Hilfe	85, 86

3. Umsetzungsstände

	Bewilligungen (EFRE)			Zuschussfähige Gesamtausgaben				
					Ausgaben der Begünstigten		Bescheinigte zusschussfähige Ausgaben	
	OP-Plan	in €	in % von OP-Plan	OP-Plan	in €	in % von OP-Plan	in €	in % von OP-Plan
Baden-Württemberg	143.400.068,00	100.017.532,69	69,7%	286.800.136,00	96.187.235,45	33,5%	79.731.278,76	27,8%
Bayern	575.934.188,00	401.969.073,35	69,8%	1.826.034.861,00	533.336.711,22	29,2%	462.602.950,97	25,3%
Berlin	875.589.810,00	748.982.392,47	85,5%	1.751.179.620,00	820.931.895,09	46,9%	596.863.162,50	34,1%
Bremen	142.006.631,00	104.189.932,37	73,4%	321.713.262,00	199.885.556,77	62,1%	178.847.855,59	55,6%
Hamburg	35.268.791,00	16.409.806,15	46,5%	74.051.082,00	17.603.294,36	23,8%	17.603.294,36	23,8%
Hessen	263.454.159,00	184.435.737,03	70,0%	556.908.318,00	295.366.516,36	53,0%	264.186.688,64	47,4%
Niedersachsen RWB	638.769.613,00	450.078.397,87	70,5%	1.340.486.726,00	1.110.584.299,48	82,8%	991.345.729,78	74,0%
Nordrhein-Westfalen	1.283.430.816,00	1.067.333.310,60	83,2%	2.566.861.632,00	790.598.696,16	30,8%	720.173.232,63	28,1%
Rheinland-Pfalz	217.613.760,00	132.874.060,46	61,1%	542.977.520,00	490.386.542,00	90,3%	306.552.102,04	56,5%
Saarland	197.512.437,00	84.290.551,02	42,7%	479.496.584,00	115.271.002,00	24,0%	105.452.838,24	22,0%
Schleswig-Holstein	373.888.769,00	260.669.513,76	69,7%	1.191.963.748,00	541.233.326,14	45,4%	435.938.005,35	36,6%
Wettbewerbsfähigkeit	**4.746.869.042,00**	**3.551.250.307,77**	**74,8%**	**10.938.473.489,00**	**5.011.385.075,03**	**45,8%**	**4.159.297.138,86**	**38,0%**
Brandenburg	1.498.732.588,00	1.196.469.941,56	79,8%	1.998.310.118,00	950.334.622,62	47,6%	707.469.103,65	35,4%
Bund	1.520.319.639,00	845.428.736,60	55,6%	2.330.767.039,00	751.790.648,04	32,3%	661.150.178,44	28,4%
Mecklenburg-Vorpommern	1.252.420.390,00	764.904.621,07	61,1%	1.669.893.890,00	956.766.010,22	57,3%	839.928.360,29	50,3%
Niedersachsen KON	589.000.000,00	436.479.069,21	74,1%	875.371.599,00	606.675.201,00	69,3%	460.260.415,29	52,6%
Sachsen	3.091.139.706,00	2.440.862.685,03	79,0%	4.123.644.680,00	1.697.039.147,97	41,2%	1.262.695.950,36	30,6%
Sachsen-Anhalt	1.931.792.253,00	1.451.571.140,56	75,1%	2.597.977.486,00	1.290.468.054,74	49,7%	1.179.795.230,26	45,4%
Thüringen	1.477.687.909,00	1.281.179.238,42	86,7%	1.970.287.909,00	1.016.345.176,38	51,6%	881.102.924,71	44,7%
Konvergenz	**11.361.092.485,00**	**8.416.895.432,45**	**74,1%**	**15.566.252.721,00**	**7.269.418.860,97**	**46,7%**	**5.992.402.163,00**	**38,5%**
Gesamt	**16.107.961.527,00**	**11.968.145.740,22**	**74,3%**	**26.504.726.210,00**	**12.280.803.936,00**	**46,3%**	**10.151.699.301,86**	**38,3%**

	Bewilligungen (ESF)			Zuschussfähige Gesamtausgaben				
					Ausgaben der Begünstigten		Bescheinigte zusschussfähige Ausgaben	
	OP-Plan	in €	in % von OP-Plan	OP-Plan	in €	in % von OP-Plan	in €	in % von OP-Plan
Baden-Württemberg	265.998.586,00	197.441.376,07	74,2%	531.997.172,00	311.472.001,66	58,5%	277.915.852,46	52,2%
Bayern	310.059.703,00	247.451.229,11	79,8%	630.630.517,00	463.401.867,39	73,5%	188.530.452,59	29,9%
Berlin	335.976.031,00	221.586.173,23	66,0%	671.952.062,00	246.469.541,67	36,7%	246.469.541,67	36,7%
Bremen	89.054.742,00	65.605.449,00	73,7%	178.625.969,00	158.179.237,29	88,6%	71.485.867,25	40,0%
Hamburg	91.152.890,00	52.181.742,00	57,2%	181.167.983,00	110.286.664,24	60,9%	67.450.640,78	37,2%
Hessen	186.735.204,00	125.397.762,84	67,2%	389.695.182,00	232.047.836,00	59,5%	232.047.836,00	59,5%
Niedersachsen RWB	237.090.765,00	170.309.757,07	71,8%	711.512.699,00	338.469.406,41	47,6%	247.107.531,12	34,7%
Nordrhein-Westfalen	683.996.369,00	398.691.874,28	58,3%	1.367.992.738,00	630.649.383,00	46,1%	517.875.679,92	37,9%
Rheinland-Pfalz	113.766.267,00	61.520.544,79	54,1%	227.532.534,00	117.606.124,38	51,7%	92.050.461,36	40,5%
Saarland	86.490.338,00	65.905.511,57	76,2%	172.980.676,00	150.849.024,64	87,2%	62.711.367,69	36,3%
Schleswig-Holstein	100.011.739,00	75.602.286,48	75,6%	225.613.649,00	164.506.448,79	72,9%	98.838.317,03	43,8%
Bund	2.162.219.289,00	1.538.951.509,21	71,2%	4.279.169.518,00	1.549.478.679,00	36,2%	1.378.329.761,38	32,2%
Wettbewerbsfähigkeit	**4.662.551.923,00**	**3.220.645.215,65**	**69,1%**	**9.568.870.699,00**	**4.473.416.214,47**	**46,7%**	**3.480.813.309,25**	**36,4%**
Brandenburg	620.249.615,00	391.523.142,75	63,1%	826.301.749,00	243.126.705,16	29,4%	243.126.705,16	29,4%
Mecklenburg-Vorpommern	417.473.463,00	334.296.790,95	80,1%	556.631.284,00	321.496.304,23	57,8%	188.309.617,01	33,8%
Niedersachsen KON	210.010.942,00	123.102.603,37	58,6%	350.358.664,00	154.188.663,85	44,0%	112.098.232,65	32,0%
Sachsen	871.859.914,00	638.249.912,13	73,2%	1.155.556.685,00	431.243.277,70	37,3%	341.202.794,67	29,5%
Sachsen-Anhalt	643.930.752,00	372.838.166,68	57,9%	861.149.063,00	312.856.303,60	36,3%	264.179.575,20	30,7%
Thüringen	629.009.103,00	468.705.544,05	74,5%	836.169.001,00	387.349.855,18	46,3%	288.746.016,96	34,5%
Bund	1.325.569.051,00	1.442.205.591,63	108,8%	1.751.936.834,00	853.338.715,00	48,7%	753.163.445,87	43,0%
Konvergenz	**4.718.102.840,00**	**3.770.921.751,56**	**79,9%**	**6.338.103.280,00**	**2.703.599.824,72**	**42,7%**	**2.190.826.387,52**	**34,6%**
Gesamtergebnis	**9.380.654.763,00**	**6.991.566.967,21**	**74,5%**	**15.906.973.979,00**	**7.177.016.039,19**	**45,1%**	**5.671.639.696,77**	**35,7%**

Für Berlin, Brandenburg und Hessen liegen keine Angaben zu den Ausgaben der Begünstigten vor, in die entsprechenden Tabellenfelder wurden die bescheinigten zuschussfähigen Ausgaben eingetragen.

	Bewilligungen Strukturfonds (EFRE+ESF)			Zuschussfähige Gesamtausgaben				
					Ausgaben der Begünstigten		Bescheinigte Zusschussfähige Ausgaben	
	OP-Plan	in €	in % von OP-Plan	OP-Plan	in €	in % von OP-Plan	in €	in % von OP-Plan
Wettbewerbsfähigkeit	9.409.420.965,00	6.771.895.523,42	72,0%	20.507.344.188,00	9.484.801.289,50	46,3%	7.640.110.448,11	37,3%
Konvergenz	16.079.195.325,00	12.187.817.184,01	75,8%	21.904.356.001,00	9.973.018.685,69	45,5%	8.183.228.550,52	37,4%
Gesamtergebnis	**25.488.616.290,00**	**18.959.712.707,43**	**74,4%**	**42.411.700.189,00**	**19.457.819.975,19**	**45,9%**	**15.823.338.998,63**	**37,3%**

4. Geplante und bewilligte Strukturfondsmittel nach Codes

4.1 Wettbewerbsfähigkeit

Code	Priority Theme Description	Community amount - Allocated in OP - €	% of total allocated	Community amount - Allocated to selected operations - €	% of total allocated
1	R&TD activities in research centres	220.465.785	2,34%	132.317.517	1,95%
2	R&TD infrastructure and centres of competence in a specific technology	413.422.399	4,39%	393.467.238	5,81%
3	Technology transfer and improvement of cooperation networks ...	382.999.466	4,07%	294.185.785	4,34%
4	Assistance to R&TD, particularly in SMEs (including access to R&TD services in research centres)	160.612.267	1,71%	179.452.221	2,65%
5	Advanced support services for firms and groups of firms	141.505.723	1,50%	84.524.929	1,25%
6	Assistance to SMEs for the promotion of environmentally-friendly products and production processes (...)	57.898.382	0,62%	27.162.977	0,40%
7	Investment in firms directly linked to research and innovation (...)	209.191.325	2,22%	130.715.507	1,93%
8	Other investment in firms	575.768.145	6,12%	570.642.464	8,43%
9	Other measures to stimulate research and innovation and entrepreneurship in SMEs	194.398.534	2,07%	186.259.547	2,75%
10	Telephone infrastructures (including broadband networks)	10.261.520	0,11%	870849,84	0,01%
11	Information and communication technologies (...)	45.775.328	0,49%	21.498.698	0,32%
12	Information and communication technologies (TEN-ICT)	1.048.339	0,01%	4333513,45	0,06%
13	Services and applications for citizens (e-health, e-government, e-learning, e-inclusion, etc.)	29.399.814	0,31%	18.349.437	0,27%
14	Services and applications for SMEs (e-commerce, education and training, networking, etc.)	32.910.706	0,35%	7.711.846	0,11%
15	Other measures for improving access to and efficient use of ICT by SMEs	2.464.839	0,03%	6189115,21	0,09%
16	Railways	16.710.000	0,18%		0,00%
17	Railways (TEN-T)	0	0,00%		0,00%
18	Mobile rail assets	0	0,00%		0,00%
19	Mobile rail assets (TEN-T)	0	0,00%		0,00%
20	Motorways	0	0,00%		0,00%
21	Motorways (TEN-T)	0	0,00%		0,00%
22	National roads	0	0,00%	2777900	0,04%
23	Regional/local roads	44.256.707	0,47%	44.234.314	0,65%
24	Cycle tracks	0	0,00%		0,00%
25	Urban transport	0	0,00%		0,00%
26	Multimodal transport	27.376.755	0,29%	7194000	0,11%
27	Multimodal transport (TEN-T)	0	0,00%		0,00%
28	Intelligent transport systems	3.600.000	0,04%		0,00%
29	Airports	490.000	0,01%		0,00%
30	Ports	30.520.968	0,32%	26.558.116	0,39%
31	Inland waterways (regional and local)	0	0,00%	4770000	0,07%
32	Inland waterways (TEN-T)	0	0,00%		0,00%
33	Electricity	900.000	0,01%		0,00%
34	Electricity (TEN-E)	0	0,00%		0,00%
35	Natural gas	0	0,00%		0,00%
36	Natural gas (TEN-E)	0	0,00%		0,00%
37	Petroleum products	0	0,00%		0,00%
38	Petroleum products (TEN-E)	0	0,00%		0,00%
39	Renewable energy: wind	15.398.723	0,16%	18.742.969	0,28%
40	Renewable energy: solar	19.223.723	0,20%	5.329.500	0,08%
41	Renewable energy: biomass	37.504.308	0,40%	9.418.385	0,14%
42	Renewable energy: hydroelectric, geothermal and other	54.729.616	0,58%	17.436.409	0,26%
43	Energy efficiency, co-generation, energy management	138.971.886	1,48%	190.198.123	2,81%
44	Management of household and industrial waste	15.000	0,00%	286295,23	0,00%
45	Management and distribution of water (drink water)	900.000	0,01%		0,00%
46	Water treatment (waste water)	38.600.000	0,41%	25.144.298	0,37%
47	Air quality	0	0,00%		0,00%
48	Integrated prevention and pollution control	11.371.702	0,12%	248403,96	0,00%
49	Mitigation and adaption to climate change	4.042.000	0,04%	6.240.489	0,09%
50	Rehabilitation of industrial sites and contaminated land	153.467.308	1,63%	50.718.883	0,75%
51	Promotion of biodiversity and nature protection (including Natura 2000)	26.974.250	0,29%	16.921.658	0,25%
52	Promotion of clean urban transport	12.472.520	0,13%	4.338.371	0,06%
53	Risk prevention (...)	79.050.000	0,84%	81.751.884	1,21%
54	Other measures to preserve the environment and prevent risks	16.106.610	0,17%	8.646.186	0,13%
55	Promotion of natural assets	51.507.901	0,55%	20.076.751	0,30%
56	Protection and development of natural heritage	35.928.881	0,38%	49.060.568	0,72%
57	Other assistance to improve tourist services	88.579.089	0,94%	83.104.818	1,23%
58	Protection and preservation of the cultural heritage	96.858.778	1,03%	40.018.092	0,59%
59	Development of cultural infrastructure	76.580.194	0,81%	68.180.070	1,01%
60	Other assistance to improve cultural services	27.495.973	0,29%	19.028.601	0,28%
61	Integrated projects for urban and rural regeneration	896.854.059	9,53%	246.272.131	3,64%
62	Development of life-long learning systems and strategies in firms; training and services for employees ...	182.545.093	1,94%	281.252.143	4,15%
63	Design and dissemination of innovative and more productive ways of organising work	281.368.126	2,99%	36.877.301	0,54%
64	Development of special services for employment, training and support in connection with restructuring of sectors ...	118.859.646	1,26%	246.584.377	3,64%
65	Modernisation and strengthening labour market institutions	160432535	1,71%	5.327.964	0,08%
66	Implementing active and preventive measures on the labour market	31.380.693	0,33%	85.377.041	1,26%
67	Measures encouraging active ageing and prolonging working lives	490.813.545	5,22%	8.601.148	0,13%
68	Support for self-employment and business start-up	473.880.688	5,04%	402.971.086	5,95%
69	Measures to improve access to employment and increase sustainable participation and progress of women ...	381.884.207	4,06%	215.816.749	3,19%
70	Specific action to increase migrants' participation in employment...	998.284.384	10,61%	167.373.699	2,47%
71	Pathways to integration and re-entry into employment for disadvantaged people ...	303.379.546	3,22%	864.565.772	12,77%
72	Design, introduction and implementing of reforms in education and training systems ...	1.045.763.851	11,11%	339.881.011	5,02%
73	Measures to increase participation in education and training throughut the life-cycle ...	68.744.790	0,73%	730.028.591	10,78%
74	Developing human potential in the field of research and innovation, in particular through post-graduate studies ...	2.527.605	0,03%	54.324.565	0,80%
75	Education infrastructure	58.569.135	0,62%	30.585.847	0,45%
76	Health infrastructure	0	0,00%	704097,17	0,01%
77	Childcare infrastructure	0	0,00%		0,00%
78	Housing infrastructure	0	0,00%		0,00%
79	Other social infrastructure	450.000	0,00%	793219	0,01%
80	Promoting the partnerships, pacts and initiatives through the networking of relevant stakeholders	8.620.374	0,09%	2.542.748	0,04%
81	Mechanisms for improving good policy and programme design, monitoring and evaluation ...	19.063.962	0,20%		0,00%
82	Compensation of any additional costs due to accessibility deficit and territorial fragmentation	0	0,00%		0,00%
83	Specific action addressed to compensate additional costs due to size market factors	0	0,00%		0,00%
84	Support to compensate additional costs due to climate conditions and relief difficulties	0	0,00%		0,00%
85	Preparation, implementation, monitoring and inspection	199.675.306	2,12%	147.513.437	2,18%
86	Evaluation and studies; information and communication	98.567.956	1,05%	46.395.869	0,69%
	Total	9.409.420.965	1	6.771.895.523	1
LIS	Lissabonziel-orientiert	7.374.985.780		5.775.878.965	
non-LIS	nicht Lissabonziel-orientiert	2.034.435.185		996.016.559	
Prüfsumme	Prüfsumme	9.409.420.965		6.771.895.523	
Earmarking	Earmarkingfähig	78,38%		85,29%	

4.2 Konvergenz

Code	Priority Theme Description	Community amount - Allocated in OP - €	% of total allocated	Community amount - Allocated to selected operations - €	% of total allocated
1	R&TD activities in research centres	215.190.721	1,34%	220.388.507	1,81%
2	R&TD infrastructure and centres of competence in a specific technology	1.135.455.247	7,06%	935.704.050	7,68%
3	Technology transfer and improvement of cooperation networks ...	309.276.702	1,92%	173.513.435	1,42%
4	Assistance to R&TD, particularly in SMEs (including access to R&TD services in research centres)	703.628.227	4,38%	499.531.940	4,10%
5	Advanced support services for firms and groups of firms	126.203.028	0,78%	105.984.028	0,87%
6	Assistance to SMEs for the promotion of environmentally-friendly products and production processes (...)	25.912.500	0,16%	8.066.781	0,07%
7	Investment in firms directly linked to research and innovation (...)	125.093.599	0,78%	96.979.386	0,80%
8	Other investment in firms	2.343.208.673	14,57%	1.957.145.860	16,06%
9	Other measures to stimulate research and innovation and entrepreneurship in SMEs	329.676.085	2,05%	211.233.741	1,73%
10	Telephone infrastructures (including broadband networks)	24.550.000	0,15%	1951956,23	0,02%
11	Information and communication technologies (...)	84.237.469	0,52%	52.228.406	0,43%
12	Information and communication technologies (TEN-ICT)	0	0,00%	1839410,04	0,02%
13	Services and applications for citizens (e-health, e-government, e-learning, e-inclusion, etc.)	36.935.000	0,23%	125660,07	0,00%
14	Services and applications for SMEs (e-commerce, education and training, networking, etc.)	53.764.155	0,33%	28.774.796	0,24%
15	Other measures for improving access to and efficient use of ICT by SMEs	0	0,00%	455724	0,00%
16	Railways	46.111.638	0,29%	19.887.618	0,16%
17	Railways (TEN-T)	714.550.200	4,44%	463144210	3,80%
18	Mobile rail assets	0	0,00%		0,00%
19	Mobile rail assets (TEN-T)	0	0,00%		0,00%
20	Motorways	466.400.000	2,90%	235.748.461	1,93%
21	Motorways (TEN-T)	2.100.000	0,01%	20237094,74	0,17%
22	National roads	371.847.350	2,31%	112.327.660	0,92%
23	Regional/local roads	1.086.957.367	6,76%	1.017.611.178	8,35%
24	Cycle tracks	101.920.994	0,63%	49.781.198	0,41%
25	Urban transport	30000000	0,19%		0,00%
26	Multimodal transport	29.500.000	0,18%	5550140	0,05%
27	Multimodal transport (TEN-T)	0	0,00%		0,00%
28	Intelligent transport systems	715.965	0,00%		0,00%
29	Airports	0	0,00%		0,00%
30	Ports	56.977.811	0,35%	52.530.478	0,43%
31	Inland waterways (regional and local)	14.700.000	0,09%	6.132.710	0,05%
32	Inland waterways (TEN-T)	91.219.050	0,57%	91219050	0,75%
33	Electricity	0	0,00%		0,00%
34	Electricity (TEN-E)	0	0,00%		0,00%
35	Natural gas	0	0,00%		0,00%
36	Natural gas (TEN-E)	0	0,00%		0,00%
37	Petroleum products	0	0,00%		0,00%
38	Petroleum products (TEN-E)	0	0,00%		0,00%
39	Renewable energy: wind	10.000.000	0,06%	29671559,44	0,24%
40	Renewable energy: solar	51.198.683	0,32%	24.725.139	0,20%
41	Renewable energy: biomass	40.994.453	0,25%	32.011.726	0,26%
42	Renewable energy: hydroelectric, geothermal and other	10.294.453	0,06%	1.359.399	0,01%
43	Energy efficiency, co-generation, energy management	219.371.029	1,36%	120.000.022	0,98%
44	Management of household and industrial waste	45.057.770	0,28%	18752414,45	0,15%
45	Management and distribution of water (drink water)	25.577.824	0,16%	9537643,23	0,08%
46	Water treatment (waste water)	266.528.971	1,66%	218.175.497	1,79%
47	Air quality	17.997.227	0,11%	9.303.264	0,08%
48	Integrated prevention and pollution control	0	0,00%		0,00%
49	Mitigation and adaption to climate change	8.000.000	0,05%		0,00%
50	Rehabilitation of industrial sites and contaminated land	185.174.587	1,15%	133.593.436	1,10%
51	Promotion of biodiversity and nature protection (including Natura 2000)	25.640.000	0,16%	20.776.360	0,17%
52	Promotion of clean urban transport	18.291.735	0,11%	2.118.203	0,02%
53	Risk prevention (...)	320.988.719	2,00%	260.315.374	2,14%
54	Other measures to preserve the environment and prevent risks	110.958.319	0,69%	69.268.978	0,57%
55	Promotion of natural assets	0	0,00%		0,00%
56	Protection and development of natural heritage	22.647.145	0,14%	17.151.648	0,14%
57	Other assistance to improve tourist services	118.719.159	0,74%	76.612.426	0,63%
58	Protection and preservation of the cultural heritage	75.497.040	0,47%	69.802.173	0,57%
59	Development of cultural infrastructure	10.817.555	0,07%	21.682.390	0,18%
60	Other assistance to improve cultural services	0	0,00%	1.192.907	0,01%
61	Integrated projects for urban and rural regeneration	567.024.841	3,53%	440.141.757	3,61%
62	Development of life-long learning systems and strategies in firms; training and services for employees ...	552.475.423	3,44%	260.131.782	2,13%
63	Design and dissemination of innovative and more productive ways of organising work	49.812.954	0,31%	26.720.178	0,22%
64	Development of special services for employment, training and support in connection with restructuring of sec	114.345.934	0,71%	73.622.885	0,60%
65	Modernisation and strengthening labour market institutions	0	0,00%	611575,96	0,01%
66	Implementing active and preventive measures on the labour market	457.073.405	2,84%	369.912.219	3,04%
67	Measures encouraging active ageing and prolonging working lives	89.968.168	0,56%	51.991.767	0,43%
68	Support for self-employment and business start-up	534.847.850	3,33%	307.405.803	2,52%
69	Measures to improve access to employment and increase sustainable participation and progress of women	220.614.013	1,37%	137.095.202	1,12%
70	Specific action to increase migrants' participation in employment ...	72.507.760	0,45%	51.598.476	0,42%
71	Pathways to integration and re-entry into employment for disadvantaged people ...	942.333.897	5,86%	1.259.293.169	10,33%
72	Design, introduction and implementing of reforms in education and training systems ...	293.594.057	1,83%	334.746.457	2,75%
73	Measures to increase participation in education and training throughut the life-cycle ...	1.017.897.903	6,33%	616.626.093	5,06%
74	Developing human potential in the field of research and innovation, in particular through post-graduate studi	203.163.885	1,26%	177.551.155	1,46%
75	Education infrastructure	400.769.479	2,49%	275.914.787	2,26%
76	Health infrastructure	17.550.000	0,11%	19500000	0,16%
77	Childcare infrastructure	14.265.105	0,09%	8283200,33	0,07%
78	Housing infrastructure	0	0,00%		0,00%
79	Other social infrastructure	0	0,00%		0,00%
80	Promoting the partnerships, pacts and initiatives through the networking of relevant stakeholders	1062500	0,01%	243019,87	0,00%
81	Mechanisms for improving good policy and programme design, monitoring and evaluation ...	0	0,00%		0,00%
82	Compensation of any additional costs due to accessibility deficit and territorial fragmentation	0	0,00%		0,00%
83	Specific action addressed to compensate additional costs due to size market factors	0	0,00%		0,00%
84	Support to compensate additional costs due to climate conditions and relief difficulties	0	0,00%		0,00%
85	Preparation, implementation, monitoring and inspection	306.261.159	1,90%	229.162.708	1,88%
86	Evaluation and studies; information and communication	113.740.542	0,71%	43.120.915	0,35%
	Total	16.079.195.325	1	12.187.817.184	1

LIS	Lissabonziel-Orientiert	11.819.491.672		9.059.433.544	
non-LIS	nicht Lissabonziel-Orientiert	4.259.703.653		3.128.383.640	
Prüfsumme	Prüfsumme	16.079.195.325		12.187.817.184	
Earmarking	Earmarkingfähig	73,51%		74,33%	

5. Bewilligte ESF-Mittel nach Thematischen Prioritäten und vorrangigen Themen des Kategoriensystems

Tabelle 5.1: Bewilligte ESF-Mittel 2007 bis 2011 nach thematischen Prioritäten des NSRP

Thematische Priorität NSRP	Konvergenz		Wettbewerbsfähigkeit		gesamt	
	in Mio. €	Anteil	in Mio. €	Anteil	in Mio. €	Anteil
Steigerung der Anpassungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten	667,9	17,7%	684,3	21,2%	1.352,2	19,3%
Verbesserung des Humankapitals	1.123,3	29,8%	1.095,7	34,0%	2.219,0	31,7%
Verbesserung des Zugangs zur Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung von benachteiligten Personen	1.867,4	49,5%	1.324,9	41,1%	3.192,2	45,7%
Technische Hilfe	112,4	3,0%	115,8	3,6%	228,1	3,3%
gesamt	3.770,9	100,0%	3.220,6	100,0%	6.991,6	100,0%

Datenquelle: SFC 2007, ergänzende Datenlieferungen der Verwaltungsbehörden

Tabelle 5.2 : Anteil der thematischen Prioritäten an den Planungen der Operationellen Programme und an den Bewilligungen 2007 bis 2011

Thematische Priorität NSRP	Konvergenz		Wettbewerbsfähigkeit		gesamt	
	Anteil indikativ nach OP	Anteil Ist	Anteil indikativ nach OP	Anteil Ist	Anteil indikativ nach OP	Anteil Ist
Steigerung der Anpassungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten	26,3%	17,7%	27,8%	21,2%	27,0%	19,3%
Verbesserung des Humankapitals	32,1%	29,8%	30,0%	34,0%	31,0%	31,7%
Verbesserung des Zugangs zur Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung von benachteiligten Personen	37,7%	49,5%	38,3%	41,1%	38,0%	45,7%
Technische Hilfe	4,0%	3,0%	4,0%	3,6%	4,0%	3,3%
gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Datenquelle: SFC 2007, ergänzende Datenlieferungen der Verwaltungsbehörden

Tabelle 5.3: ESF-Bewilligungen 2007 bis 2011 in der thematischen Priorität Steigerung der Anpassungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit nach vorrangigen Themen

Code	vorrangiges Thema	indikativ nach OP in Mio. €	Ist 2007 bis 2011 abs. in Mio. €	Ist 2007 bis 2011 Anteil	Umsetzungsstand (Ist an Plan)
Deutschland gesamt					
62	Entwicklung von Systemen und Strategien für lebenslanges Lernen: Ausbildung und Dienste für Arbeitnehmer ...	1.044,0	512,6	7,3%	49,1%
63	Konzipierung und Verbreitung innovativer und produktiverer Formen der Arbeitsorganisation	144,8	62,0	0,9%	42,9%
64	Entwicklung spezifischer Dienste für Beschäftigung, Berufsbildung und Unterstützung im Zusammenhang mit der Umstrukturierung von Wirtschaftszweigen	323,7	197,1	2,8%	60,9%
68	Unterstützung von Selbständigkeit und Unternehmensgründungen	1.022,3	580,5	8,3%	56,8%
	gesamt thematische Priorität	2.534,7	1.352,2	19,3%	53,3%
Ziel Konvergenz					
62	Entwicklung von Systemen und Strategien für lebenslanges Lernen: Ausbildung und Dienste für Arbeitnehmer ...	546,8	260,1	6,9%	47,6%
63	Konzipierung und Verbreitung innovativer und produktiverer Formen der Arbeitsorganisation	49,8	26,7	0,7%	53,6%
64	Entwicklung spezifischer Dienste für Beschäftigung, Berufsbildung und Unterstützung im Zusammenhang mit der Umstrukturierung von Wirtschaftszweigen	107,3	73,6	2,0%	68,6%
68	Unterstützung von Selbständigkeit und Unternehmensgründungen	534,8	307,4	8,2%	57,5%
	gesamt thematische Priorität	1.238,8	667,9	17,7%	53,9%
Ziel Wettbewerbsfähigkeit					
62	Entwicklung von Systemen und Strategien für lebenslanges Lernen: Ausbildung und Dienste für Arbeitnehmer ...	497,2	252,4	7,8%	50,8%
63	Konzipierung und Verbreitung innovativer und produktiverer Formen der Arbeitsorganisation	95,0	35,3	1,1%	37,2%
64	Entwicklung spezifischer Dienste für Beschäftigung, Berufsbildung und Unterstützung im Zusammenhang mit der Umstrukturierung von Wirtschaftszweigen	216,4	123,5	3,8%	57,1%
68	Unterstützung von Selbständigkeit und Unternehmensgründungen	487,4	273,1	8,5%	56,0%
	gesamt thematische Priorität	1.295,96	684,3	21,2%	52,8%

Datenquelle: SFC 2007, ergänzende Datenlieferungen der Verwaltungsbehörden

Tabelle 5.4: ESF-Bewilligungen 2007 bis 2011 in der thematischen Priorität Verbesserung des Humankapitals nach vorrangigen Themen

Code	vorrangiges Thema	indikativ nach OP in Mio. €	Ist 2007 bis 2011 abs. in Mio. €	Ist 2007 bis 2011 Anteil	Umsetzungsstand (Ist an Plan)
Deutschland gesamt					
72	Konzipierung, Einführung und Umsetzung von Reformen in den Systemen der allgemeinen und beruflichen Bildung ...	595,4	667,6	9,5%	112,1%
73	Maßnahmen im Hinblick auf eine verstärkte Teilnahme an der allgemeinen und beruflichen Bildung während des gesamten Lebens ...	2.061,3	1.321,0	18,9%	64,1%
74	Entwicklung des Humanpotenzials in den Bereichen Forschung und Innovation, insbesondere durch Postgraduiertenstudiengänge ...	252,7	230,4	3,3%	91,2%
	gesamt thematische Priorität	2.909,3	2.219,0	31,7%	76,3%
Ziel Konvergenz					
72	Konzipierung, Einführung und Umsetzung von Reformen in den Systemen der allgemeinen und beruflichen Bildung ...	293,6	329,1	8,7%	112,1%
73	Maßnahmen im Hinblick auf eine verstärkte Teilnahme an der allgemeinen und beruflichen Bildung während des gesamten Lebens ...	1.015,9	616,6	16,4%	60,7%
74	Entwicklung des Humanpotenzials in den Bereichen Forschung und Innovation, insbesondere durch Postgraduiertenstudiengänge ...	203,2	177,6	4,7%	87,4%
	gesamt thematische Priorität	1.512,7	1.123,3	29,8%	74,3%
Ziel Wettbewerbsfähigkeit					
72	Konzipierung, Einführung und Umsetzung von Reformen in den Systemen der allgemeinen und beruflichen Bildung ...	302	338	10,5%	112,2%
73	Maßnahmen im Hinblick auf eine verstärkte Teilnahme an der allgemeinen und beruflichen Bildung während des gesamten Lebens ...	1.045	704	21,9%	67,4%
74	Entwicklung des Humanpotenzials in den Bereichen Forschung und Innovation, insbesondere durch Postgraduiertenstudiengänge ...	50	53	1,6%	106,6%
	gesamt thematische Priorität	1.397	1.096	34,0%	78,4%

Datenquelle: SFC 2007, ergänzende Datenlieferungen der Verwaltungsbehörden

Tabelle 5.5: ESF-Bewilligungen 2007 bis 2011 in der thematischen Priorität „Verbesserung des Zugangs zur Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung“ nach vorrangigen Themen

Code	vorrangiges Thema	indikativ nach OP in Mio. €	Ist 2007 bis 2011 abs. in Mio. €	Ist 2007 bis 2011 Anteil	Umsetzungsstand (Ist an Plan)
Deutschland gesamt					
65	Modernisierung und Stärkung der Arbeitsmarktinstitutionen	0,0	0,6	0,0%	
66	Durchführung aktiver und präventiver Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt	617,5	453,2	6,5%	73,4%
67	Maßnahmen zur Förderung des aktiven Alterns und zur Verlängerung des Arbeitslebens	120,2	59,5	0,9%	49,5%
69	Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs von Frauen zur Beschäftigung, zur Erhöhung der dauerhaften Beteiligung von Frauen ...	435,7	336,4	4,8%	77,2%
70	Spezifische Maßnahmen zur Förderung der Teilnahme von Migranten am Erwerbsleben ...	440,2	216,6	3,1%	49,2%
71	Konzepte für die Eingliederung oder Wiedereingliederung von benachteiligten Personen in das Erwerbsleben ...	1.939,5	2.123,1	30,4%	109,5%
80	Förderung des Aufbaus von Partnerschaften, Bündnissen und Initiativen über die Vernetzung der maßgeblichen Akteure	9,7	2,8	0,0%	28,8%
	gesamt thematische Priorität	3.562,7	3.192,2	45,7%	89,6%
Ziel Konvergenz					
65	Modernisierung und Stärkung der Arbeitsmarktinstitutionen	0,0	0,6	0,0%	
66	Durchführung aktiver und präventiver Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt	457,1	369,9	9,8%	80,9%
67	Maßnahmen zur Förderung des aktiven Alterns und zur Verlängerung des Arbeitslebens	90,0	52,0	1,4%	57,8%
69	Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs von Frauen zur Beschäftigung, zur Erhöhung der dauerhaften Beteiligung von Frauen ...	215,1	133,7	3,5%	62,2%
70	Spezifische Maßnahmen zur Förderung der Teilnahme von Migranten am Erwerbsleben ...	72,5	51,6	1,4%	71,2%
71	Konzepte für die Eingliederung oder Wiedereingliederung von benachteiligten Personen in das Erwerbsleben ...	942,3	1.259,3	33,4%	133,6%
80	Förderung des Aufbaus von Partnerschaften, Bündnissen und Initiativen über die Vernetzung der maßgeblichen Akteure	1,1	0,2	0,0%	22,9%
	gesamt thematische Priorität	1.778,1	1.867,4	49,5%	105,0%

Ziel Wettbewerbsfähigkeit					
65	Modernisierung und Stärkung der Arbeitsmarktinstitutionen	0,0	0,0	0,0%	
66	Durchführung aktiver und präventiver Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt	160,4	83,3	2,6%	51,9%
67	Maßnahmen zur Förderung des aktiven Alterns und zur Verlängerung des Arbeitslebens	30,2	7,5	0,2%	24,7%
69	Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs von Frauen zur Beschäftigung, zur Erhöhung der dauerhaften Beteiligung von Frauen ...	220,6	202,7	6,3%	91,9%
70	Spezifische Maßnahmen zur Förderung der Teilnahme von Migranten am Erwerbsleben ...	367,6	165,0	5,1%	44,9%
71	Konzepte für die Eingliederung oder Wiedereingliederung von benachteiligten Personen in das Erwerbsleben ...	997,1	863,8	26,8%	86,6%
80	Förderung des Aufbaus von Partnerschaften, Bündnissen und Initiativen über die Vernetzung der maßgeblichen Akteure	8,6	2,5	0,1%	29,5%
	gesamt thematische Priorität	1.784,7	1.324,9	41,1%	74,2%

Datenquelle: SFC 2007, ergänzende Datenlieferungen der Verwaltungsbehörden

6. ESF: Teilnehmereintritte

Tabelle 6.1: Eintritte in die ESF-Förderung 2007 bis 2011 nach Zielgebieten und Programmen

	Anzahl
Konvergenz	
Brandenburg	389.596
Bund	223.062
Mecklenburg-Vorpommern	85.265
Niedersachen Konvergenz	55.110
Sachsen	284.261
Sachsen-Anhalt	139.060
Thüringen	101.360
Wettbewerbsfähigkeit	
Baden-Württemberg	258.638
Bayern	196.416
Berlin	214.021
Bremen	25.129
Bund	611.142
Hamburg	58.150
Hessen	128.280
Niedersachsen RWB	143.661
Nordrhein-Westfalen	548.296
Rheinland-Pfalz	149.631
Saarland	27.019
Schleswig-Holstein	130.443
gesamt	3.768.540
Bundesprogramm	834.204
Länderprogramme	2.934.336

Datenquelle: SFC 2007, ergänzende Datenlieferungen der Verwaltungsbehörden

Tabelle 6.2: Eintritte in die ESF-Förderung der Prioritätsachse A – Steigerung der Anpassungsfähigkeit nach Personenmerkmalen

	Konvergenz		Wettbewerbsfähigkeit		gesamt	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Eintritte gesamt	251.436	100,0%	737.861	100,0%	989.297	100,0%
Geschlecht						
Frauen	102.472	40,8%	301.680	40,9%	404.152	40,9%
Männer	148.964	59,2%	436.181	59,1%	585.145	59,1%
Erwerbsstatus						
erwerbstätig	213.272	84,8%	661.748	89,7%	875.020	88,4%
darunter selbstständig	35.703	14,2%	89.204	12,1%	124.907	12,6%
arbeitslos	31.862	12,7%	47.980	6,5%	79.842	8,1%
darunter langzeitarbeitslos	11.009	4,4%	13.704	1,9%	24.713	2,5%
nicht erwerbstätig	6.302	2,5%	28.133	3,8%	34.435	3,5%
darunter in Ausbildung	3.622	1,4%	16.852	2,3%	20.474	2,1%
Altersgruppen						
15 bis 24 Jahre	27.257	10,8%	68.205	9,2%	95.462	9,6%
ab 55 Jahre	20.215	8,0%	54.108	7,3%	74.323	7,5%
Besonderen Personengruppen						
Minderheiten	451	0,2%	1.358	0,2%	1.809	0,2%
Migrant/innen	5.880	2,3%	58.180	7,9%	64.060	6,5%
Menschen mit Behinderungen	3.677	1,5%	13.127	1,8%	16.804	1,7%
sonstige benachteiligte Personen	337	0,1%	431	0,1%	768	0,1%
Bildungsstatus						
ISCED 1 und 2	58.698	23,3%	194.319	26,3%	253.017	25,6%
ISCED 3	114.004	45,3%	288.665	39,1%	402.669	40,7%
ISCED 4	5.723	2,3%	40.540	5,5%	46.263	4,7%
ISCED 5 und 6	65.061	25,9%	144.610	19,6%	209.671	21,2%

Datenquelle: SFC 2007, ergänzende Datenlieferungen der Verwaltungsbehörden

Tabelle 6.3: Eintritte in die ESF-Förderung der Prioritätsachse B – Verbesserung des Humankapitals nach Personenmerkmalen

	Konvergenz		Wettbewerbsfähigkeit		gesamt	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Eintritte gesamt	626.954	100,0%	1.068.014	100,0%	1.694.968	100,0%
Geschlecht						
Frauen	250.741	40,0%	414.134	38,8%	664.875	39,2%
Männer	376.213	60,0%	653.880	61,2%	1.030.093	60,8%
Erwerbsstatus						
erwerbstätig	201.053	32,1%	271.690	25,4%	472.743	27,9%
darunter selbstständig	2.122	0,3%	7.462	0,7%	9.584	0,6%
arbeitslos	23.818	3,8%	69.115	6,5%	92.933	5,5%
darunter langzeitarbeitslos	10.222	1,6%	22.210	2,1%	32.432	1,9%
nicht erwerbstätig	402.083	64,1%	727.209	68,1%	1.129.292	66,6%
darunter in Ausbildung	152.969	24,4%	460.321	43,1%	613.290	36,2%
Altersgruppen						
15 bis 24 Jahre	516.613	82,4%	925.682	86,7%	1.442.295	85,1%
ab 55 Jahre	3.297	0,5%	8.596	0,8%	11.893	0,7%
Besonderen Personengruppen						
Minderheiten	1.632	0,3%	2.426	0,2%	4.058	0,2%
Migrant/innen	10.141	1,6%	206.725	19,4%	216.866	12,8%
Menschen mit Behinderungen	2.030	0,3%	7.762	0,7%	9.792	0,6%
sonstige benachteiligte Personen	8.631	1,4%	7.799	0,7%	16.430	1,0%
Bildungsstatus						
ISCED 1 und 2	450.882	71,9%	820.634	76,8%	1.271.516	75,0%
ISCED 3	86.978	13,9%	69.188	6,5%	156.166	9,2%
ISCED 4	1.846	0,3%	9.869	0,9%	11.715	0,7%
ISCED 5 und 6	13.610	2,2%	28.296	2,6%	41.906	2,5%

Datenquelle: SFC 2007, ergänzende Datenlieferungen der Verwaltungsbehörden

Tabelle 6.4: Eintritte in die ESF-Förderung der Prioritätsachse C – Beschäftigung und soziale Eingliederung nach Personenmerkmale

	Konvergenz		Wettbewerbsfähigkeit		gesamt	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Eintritte gesamt	388.773	100,0%	678.252	100,0%	1.067.025	100,0%
Geschlecht						
Frauen	188.513	48,5%	341.992	50,4%	530.505	49,7%
Männer	200.260	51,5%	336.260	49,6%	536.520	50,3%
Erwerbsstatus						
erwerbstätig	37.671	9,7%	44.239	6,5%	81.910	7,7%
darunter selbstständig	3.256	0,8%	4.132	0,6%	7.388	0,7%
arbeitslos	285.811	73,5%	452.135	66,7%	737.946	69,2%
darunter langzeitarbeitslos	203.121	52,2%	262.121	38,6%	465.242	43,6%
nicht erwerbstätig	65.291	16,8%	181.878	26,8%	247.169	23,2%
darunter in Ausbildung	12.297	3,2%	30.149	4,4%	42.446	4,0%
Altersgruppen						
15 bis 24 Jahre	120.132	30,9%	291.403	43,0%	411.535	38,6%
ab 55 Jahre	37.379	9,6%	38.097	5,6%	75.476	7,1%
Besonderen Personengruppen						
Minderheiten	1.524	0,4%	6.035	0,9%	7.559	0,7%
Migrant/innen	41.841	10,8%	261.279	38,5%	303.120	28,4%
Menschen mit Behinderungen	12.020	3,1%	27.936	4,1%	39.956	3,7%
sonstige benachteiligte Personen	35.348	9,1%	56.059	8,3%	91.407	8,6%
Bildungsstatus						
ISCED 1 und 2	187.381	48,2%	440.638	65,0%	628.019	58,9%
ISCED 3	128.110	33,0%	120.021	17,7%	248.131	23,3%
ISCED 4	8.252	2,1%	14.113	2,1%	22.365	2,1%
ISCED 5 und 6	38.735	10,0%	51.337	7,6%	90.072	8,4%

Datenquelle: SFC 2007, ergänzende Datenlieferungen der Verwaltungsbehörden

7. Bewilligte EFRE-Mittel nach Thematischen Prioritäten und vorrangigen Themen des Kategoriensystems

Tabelle 7.1: Bewilligte EFRE-Mittel 2007 bis 2011 nach thematischen Prioritäten des NSRP

	Konvergenz		Wettbewerbsfähigkeit		Gesamt	
	In Mio. €	Anteil	In Mio. €	Anteil	In Mio. €	Anteil
Regionale Potenziale und nachhaltige Entwicklung (EFRE)	3.031,4	26,12%	1.051,2	15,83%	4.082,6	22,37%
Innovation (EFRE)	2.193,5	18,90%	1.325,7	19,96%	3.519,2	19,29%
Beschäftigung und Soziale Eingliederung (ESF)	1.678,7	14,46%	1.305,0	19,65%	2.983,7	16,35%
Wettbewerbsfähigkeit (EFRE)	2.100,4	18,10%	695,2	10,47%	2.795,6	15,32%
Verbesserung des Humankapitals (ESF)	867,0	7,47%	1.109,4	16,71%	1.976,4	10,83%
Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit (ESF)	556,4	4,79%	960,8	14,47%	1.517,2	8,31%
Überregionaler Verkehrsinfrastruktur (EFRE)	922,7	7,95%	2,8	0,04%	925,5	5,07%
Technische Hilfe	256,2	2,21%	190,8	2,87%	446,9	2,45%
Gesamtergebnis	11.606,3	100,00%	6.640,7	100,00%	18.247,0	100,00%

8. Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise und Reaktionen - Zusammengefasste Antworten der Länder auf den Fragebogen der Kommission nach Annex II der Guidance Note

8.1.1 Übergreifende Fragen

Hatte die Wirtschafts- und Finanzkrise Auswirkungen auf die Strategie und die Förderinhalte Ihres Operationellen Programms? Wenn ja: Was waren die zentralen Auswirkungen?

- EFRE: Es werden keine grundsätzlichen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Strategie oder Förderinhalte der Operationellen Programme berichtet. In einigen Bundesländern wurden Anpassungen auf Ebene der Förderinstrumente vorgenommen. Als Gründe hierfür wurden eine im Zuge der Wirtschaftskrise veränderte Nachfrage nach unternehmensbezogenen Förderprogrammen und die während der Krise eingeführten konkurrierenden Konjunkturprogramme des Bundes genannt.

- ESF: Trotz der sozioökonomischen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise war in den meisten Bundesländern keine Anpassung der Operationellen Programme notwendig, da mit den festgelegten Strategien flexibel genug auf die Krise reagiert werden konnte. Lediglich in zwei Fällen wurden OP-Änderungen aufgrund der Krise vorgenommen, Grund dafür waren Mittelverschiebungen zwischen Prioritätsachsen und die Erweiterung einer Prioritätsachse um relevante Förderinhalte. Ansonsten wurden Anpassungen nur auf Ebene der Förderinstrumente vorgenommen.

Hatte die Krise Auswirkungen auf die Umsetzungsmechanismen Ihres Operationellen Programms? Wenn ja: Welche Auswirkungen waren dies?

- EFRE: Auswirkungen auf Umsetzungsmechanismen sind kaum festzustellen. Lediglich Sachsen-Anhalt berichtet eine Herabsetzung der Schwellenwerte zur öffentlichen Vergabe von Aufträgen und eine Regelung zur vorübergehenden Modifizierung von beihilferechtlich genehmigten Risikokapitalprogrammen für KMU im Geltungsbereich („Bundesrahmenregelung Risikokapital“). Außerdem nutzte der Bund im Operationellen Programm Verkehr die Möglichkeit, Großprojektanträge für Zwischenzahlungsanträge zu berücksichtigen.

- ESF: Es wurde kein direkter Einfluss der Krise auf Umsetzungsmechanismen festgestellt.

8.1.2 Detailfragen nach Annex II der Guidance Note von GD REGIO und GD EMPL

Finanzierung

(Annex II, 1a) Haben Sie die zusätzlichen Vorschusszahlungen der Kommission im Zeitraum 2007-2009 zur Vorfinanzierung von Projekten genutzt? Wenn ja: für Projekte öffentlicher Einrichtungen? Oder für Vorhaben von Unternehmen und anderen wirtschaftlichen Akteuren? Welches Volumen wurde in etwa zur Vorfinanzierung von Projekten eingesetzt? (Vorfinanzierungen/Vorschüsse, die sie unabhängig von den Maßnahmen zur Krisenbekämpfung getätigt haben, bitte nicht angeben)?

- EFRE: Nur in Bayern und Sachsen-Anhalt wurden zusätzliche Vorschusszahlungen verwendet. Dabei wurde nicht zwischen verschiedenen Adressaten der Förderung unterschieden, sämtliche Zielgruppen der Programme profitierten im gleichen Maß.

- ESF: Es wurden keine zusätzlichen Vorschusszahlungen gesondert für Maßnahmen der Krisenbekämpfung oder für bestimmte Zielgruppen verwendet.

(Annex II, 1b) Für EFRE-Programme: Wurden Ausgaben von Großprojekten in Ausgabenerklärungen aufgenommen, während der Großprojektantrag noch bei der GD REGIO in Bearbeitung war? Welches (geschätzte) Mittelvolumen war davon betroffen?

- EFRE: Besonders im Operationellen Programm Verkehr des Bundes wurde diese Möglichkeit genutzt. Insgesamt 16 Großprojekte mit einem EFRE-Mittelvolumen von 839,2 Mio. Euro wurden vor Genehmigung durch die GD REGIO vorläufig bewilligt. In vier Bundesländern wird von einzelnen Großprojekten berichtet, die teils erst durch Kostensteigerungen die Schwelle zum Großprojekt überschritten und dadurch vor Genehmigung in die Ausgabenerklärung aufgenommen wurden.

(Annex II, 1c) Wurden Vorauszahlungen von Beihilfen für KMU gezahlt und in Ausgabenerklärungen gegenüber der GD REGIO bzw. der GD EMPL aufgenommen? Welches (geschätzte) Mittelvolumen war davon betroffen?

- EFRE: Als einziges Bundesland macht Nordrhein-Westfalen von der Möglichkeit Gebrauch, in begründeten Ausnahmefällen Vorauszahlungen von Beihilfen für KMU zu zahlen. Das Mittelvolumen ist nicht abschätzbar.

- ESF: In keinem Bundesland wurden Vorauszahlungen von Beihilfen für KMU im Rahmen des ESF gezahlt.

(Annex II, 1e) Wurde die Möglichkeit der „Modulation“ des EU-Beteiligungssatzes auf Projektebene genutzt (Erhöhung auf bis zu 100% mit Ausgleich des Interventionssatzes im weiteren Verlauf der Förderperiode durch andere Projekte)? Wenn ja, welche Wirkung hatte dies?

- EFRE: In fünf Bundesländern wurde die Möglichkeit der „Modulation“ genutzt. Begründet wird dies mit der Ausnutzung finanzieller Spielräume und Vermeidung von Finanzierungsengpässen auch unabhängig von der Wirtschafts- und Finanzkrise. Sachsen hat jedoch explizit zur Bekämpfung der Krisenfolgen den EFRE-Beteiligungssatz kurzfristig angehoben und danach wieder ausgeglichen.

- ESF: Die Möglichkeit zur „Modulation“ wurde von über einem Drittel der Bundesländer genutzt, dies geschah jedoch unabhängig von der Krise zwecks größerer Flexibilität und zur Nutzung finanzieller Spielräume.

Vereinfachung der Kategorien für zuschussfähige Ausgaben

(Annex II, 2a bis 2c) Nutzen Sie die Möglichkeiten der in Art. 7 Abs. 4 der EFRE-VO bzw.Art. 11 Abs 3 b der ESF-VO) aufgeführten Arten von Pauschalen:

- Pauschalierung von indirekten Kosten bis zur Höhe der direkten Kosten eines Vorhabens,

- Kostenpauschalen, die anhand von festgelegten Standardeinheitskosten festgelegt wurden,

- Pauschalbeträge zur Deckung aller oder eines Teils der Kosten des Vorhabens?

Bitte geben sie für jede der drei Arten von Pauschalen an, ob Sie sie nutzen oder eine Nutzung beabsichtigen. Wenn eine Nutzung erfolgt oder beabsichtigt ist, geben Sie bitte außerdem kurz an, in welchem Bereich Sie diese Möglichkeiten nutzen (werden) und um welche Summen es sich etwa handelt. Geben Sie bitte außerdem an, ob der Einsatz von Pauschalen bei Ihnen für Zwecke der Krisenbekämpfung oder für allgemeine Zwecke der Verwaltungsvereinfachung erfolgt.

- EFRE: Pauschalen werden bisher nur vereinzelt genutzt. Eine Pauschalierung indirekter Kosten findet derzeit ausschließlich in Niedersachsen statt (Overhead-Pauschale bei Großprojekten). Im OP Verkehr des Bundes und in Bremen werden außerdem Kostenpauschalen anhand festgelegter Standardeinheitskosten genutzt. Pauschal abgerechnet wurde in Bremen und im Bund zusammen eine Summe von

etwa 55 Mio. Euro. Die Pauschalen standen in keinem Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise und dienten ausschließlich der Verwaltungsvereinfachung. Einige Bundesländer planen eine Einführung von Pauschalen in der nächsten Förderperiode.

- ESF: In den ESF-Programmen der Bundesländer ist die Nutzung von Pauschalen weit verbreitet. Die Pauschalen dienen nicht der Krisenbekämpfung, sondern ausschließlich der Verwaltungsvereinfachung. Etwa zwei Drittel der Bundesländer machen von der Pauschalierung indirekter Kosten Gebrauch. Der Grad der Nutzung ist sehr verschieden ausgeprägt, während in manchen Bundesländern die Pauschalierung indirekter Kosten nur für einzelne Maßnahmen in Frage kommen, erfolgt in Rheinland-Pfalz die Anwendung der Pauschale für sämtliche Projekte, wobei rund 7,5 % der geprüften Gesamtausgaben auf diese Pauschale entfallen. Die Pauschalierung indirekter Kosten besitzt in den meisten Fällen den Charakter einer Verwaltungskosten- bzw. Gemeinkostenpauschale und beträgt in den verschiedenen Maßnahmen 2 % bis maximal 20 % der direkten Ausgaben.

  - Kostenpauschalen anhand festgelegter Standardeinheitskosten werden ebenso von etwa zwei Dritteln der Bundesländer verwendet. Oft werden diese in Programmen mit hohen Teilnehmerzahlen genutzt (z. B. für die Kofinanzierung von Programmen, deren Teilnehmer ALG I- bzw. ALG II-Leistungen erhalten).

  - Pauschalbeträge zur Deckung aller oder eines Teils der Kosten sind die am wenigsten genutzte Art von Pauschalen und finden nur in vier Bundesländern Anwendung.

- Grundsätzlich werden Pauschalen von den Verwaltungsbehörden als ein adäquates Mittel zur Verwaltungsvereinfachung angesehen und dementsprechend planen mehrere Bundesländer, die derzeit keine Pauschalen verwenden, eine Einführung in der nächsten Förderperiode.

Ausweiten oder Justieren der Prioritäten des OP

In der Mitteilung der Kommission „Kohäsionspolitik: In die Realwirtschaft investieren“ (KOM(2008)876 endg.) werden vier vorrangige Bereiche genannt: Menschen, Wirtschaft, Infrastruktur und Energie sowie Forschung und Innovation.

(Annex II, 3a) Welche Maßnahmen Ihres OP unter den vier genannten Themenbereichen wurden beschleunigt oder angepasst? Sind weitere Anpassungen erforderlich, um neuen Bedarfen zu begegnen? Was sind die erwarteten Effekte dieser Aktivitäten?

- EFRE: Sechs Bundesländer haben Änderungsanträge für ihre Operationellen Programme hinsichtlich der Verteilung der Mittel auf die Themenbereiche und Förderinstrumente gestellt. Dabei ist eine Tendenz zur Umschichtung von Mitteln in den Themenbereich Forschung und Innovation erkennbar.

- ESF: Die meisten Bundesländer haben keine Anpassungen innerhalb der Themenbereiche vorgenommen. In einigen Bundesländern wurden Mittel in Maßnahmen umgeschichtet bzw. Maßnahmen neu aufgesetzt, die eine höhere Erwerbsbeteiligung durch Qualifizierungsmaßnahmen zum Ziel haben.

Welche darüber hinausgehenden Maßnahmen zur Beschleunigung der Umsetzung des OP haben Sie ergriffen (z.B. im Bereich der Projektentwicklung, Veränderungen der Schwerpunktsetzung, Programmänderungen)?[1]

- EFRE: Konkrete Maßnahmen zur beschleunigten OP-Umsetzung wurden kaum neu eingeführt. Nordrhein-Westfalen hat durch zwei Evaluierungen das für die Projektauswahl eingesetzte Wettbewerbsverfahren optimiert, wodurch eine schnellere und effizientere Durchführung der Wettbewerbe ermöglicht wird. Allgemein werden ein regelmäßiger Dialog und eine intensive Abstimmung zwischen den umsetzenden Stellen als Garant für eine reibungslose OP-Umsetzung genannt.

- ESF: Programmänderungen oder Veränderungen der Schwerpunktsetzungen wurden kaum als notwendig für eine beschleunigte OP-Umsetzung angesehen. Genannte Maßnahmen für eine beschleunigte OP-Umsetzung waren eher prozessorientierter Natur (z. B. Einführung regelmäßiger Abstimmungsrunden/Steuerungskreise programmverantwortlicher Stellen).

(Annex II, 3b) EFRE-Programme: Wurde Ihr OP ergänzt/geändert, um die Interventionen für Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien in der Wohnbebauung zu nutzen? Wenn ja, welcher Betrag wird hier eingesetzt? Welche Art Maßnahmen wird gefördert?

- EFRE: In keinem Bundesland wurde das OP um derartige Maßnahmen ergänzt. Nordrhein-Westfalen plant allerdings eine Änderung des Programms um Maßnahmen zur Förderung der Nutzung von Kraft-Wärme-Kopplung.

---

[1] Die Antworten zu dieser Frage sind erforderlich, um Punkt 11 der Mustergliederung aus der Guidance Note der GD REGIO zum Strategiebericht inhaltlich füllen zu können, da hier auch Veränderungen abgefragt werden müssen, die keinen Änderungsantrag erfordern und somit für uns ansonsten nicht sichtbar wären.

(Annex II, 3c) Wurden Jeremie-**ähnliche**[2] Instrumente zur Förderung des Zugangs von KMU zu Kapital beschleunigt oder ausgeweitet? Welches Finanzvolumen und welche EU-Kofinanzierung werden hier erwartet?

- EFRE: In drei Bundesländern wurden Jeremie-ähnliche Instrumente ausgeweitet oder durch OP-Änderung nachträglich eingeführt. Die Summe der dafür aufgewendeten ERFE-Mittel beträgt 36 Mio. Euro.

- ESF: Nur in Sachsen und im Bundesprogramm des ESF wurden Jeremie-ähnliche Instrumente in Form von Mikrokreditfonds aufgelegt. Im Bundesprogramm beträgt das Volumen 100 Mio. Euro, davon ca. 60 Mio. ESF-Mittel.

(Annex II, 3d) Wurden Aktionen zur Stärkung der Kapazitäten öffentlicher Einrichtungen zur Planung, Umsetzung, Monitoring und Kontrolle von OPs verändert oder verstärkt?

- EFRE: Die Kapazitäten öffentlicher Einrichtungen wurden in den meisten Bundesländern nicht verstärkt. Nur in zwei Bundesländern wurde zusätzliches Personal bei den Prüf- und Bescheinigungsbehörden eingestellt.

- ESF: In einem Bundesland wurde zusätzliches Personal bei der Prüf- und Bescheinigungsbehörde eingestellt.

Vereinfachung der nationalen/regionalen Umsetzungsverfahren

(Annex II, 4a) Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um die Umsetzung der OPs zu beschleunigen (klarere Verfahren, überarbeitete Anleitungen, überarbeitete Gesetzgebung, einfachere Verfahren)?

- EFRE: Um klarere Verfahren und bessere Prozessabläufe zu erreichen, wurden in den meisten Bundesländern Checklisten und Handlungsanleitungen eingeführt, welche stetig überarbeitet werden. In einigen Bundesländern wurde außerdem die Belegprüfung vereinfacht (z. B. durch Verschlankung der Regelung zur Belegprüfung und Anerkennung von elektronischen Belegaufbewahrungssystemen.)

- ESF: Häufig genannt wurde die Einführung von Pauschalen zur Vereinfachung von Pauschalen. Außerdem wurden Schulungen für umsetzende Stellen, die stetige Über-

---

[2] Bitte beachten Sie, dass hier nach Instrumenten vom "JEREMIE-type" gefragt wird. Somit sind also praktisch alle Beteiligungs- und Darlehensfonds hier betroffen, die sich an Unternehmen richten.

prüfung und Überarbeitung von Arbeitshilfen und Verfahrensvereinbarungen, sowie die Einführung von webbasierten IT-Systemen für die Antragstellung berichtet.

(Annex II, 4b) War oder ist es notwendig, Bestimmungen in ihrem OP zu vereinfachen, um die Umsetzung zu beschleunigen?

- EFRE: Größtenteils wird keine Notwendigkeit gesehen, Bestimmungen des OP weiter zu vereinfachen. Nordrhein-Westfalen möchte Möglichkeiten zur pauschalen Ausgabenabrechnung und elektronische Verfahren einführen, betont aber die Grenzen für eine beschleunigte Umsetzung durch starre Verfahren und rechtliche Rahmenbedingungen auf Ebene der EU und des Landes.

Nutzung des zeitlich befristeten Beihilferahmens

Bitte geben Sie für jeden der folgenden Fälle das jeweilige Mittelvolumen an und beschreiben Sie kurz den Inhalt der Maßnahmen.

(Annex II, 5a) Wurden Mittel aus den Strukturfonds genutzt, um Beihilfen als „mit dem Gemeinsamen Markt vereinbare begrenzte Beihilfen“ bis zum Schwellenwert von 500.000,- € zu vergeben?

- EFRE: Systematisch wurden derartige Beihilfen in vier Bundesländern genutzt. In einigen Bundesländern wurden außerdem Kleinbeihilfen in Ausnahmefällen vergeben. Das Mittelvolumen wurde nicht angegeben. Inhaltlich wurden Zuschuss- und Darlehensprogramme für kleinere Investitionen in KMU als Maßnahmen genannt, in denen Kleinbeihilfen vergeben werden.

- ESF: In den Programmen des ESF wurde diese Möglichkeit nicht genutzt.

(Annex II, 5b) Wurden Mittel aus den Strukturfonds genutzt, um subventionierte Kreditgarantien zu gewähren?

- EFRE: Mittel in Form subventionierter Kreditgarantien wurden nicht vergeben.

- ESF: Mittel in Form subventionierter Kreditgarantien wurden nicht vergeben.

(Annex II, 5c) EFRE-Programme: Wurden Mittel aus den Strukturfonds genutzt, um Zinszuschüsse, insbesondere für die Produktion „grüner“ Produkte zu gewähren?

EFRE: Zinszuschüsse werden ausschließlich in Bayern in geringem Umfang in der innovativen einzelbetrieblichen Investitionsförderung verwendet, jedoch nicht mit einem Fokus auf „grünen" Produkten.

Öffentliche Vergaben

(Annex II, 6) Wurden im Rahmen Ihres Operationellen Programms die Erleichterungen im Vergabeverfahren genutzt, durch die die Mindestdauer von nichtoffenen EU-weiten Verfahren von 87 auf 30 Tage reduziert wurde?

- EFRE: In etwa der Hälfte der Bundesländer besteht die rechtliche Möglichkeit zu verkürzten Verfahren durch genutzte Erleichterungen im Vergaberecht. Inwieweit diese Möglichkeit genutzt wird, wird bzw. kann von den Verwaltungsbehörden nicht klar beantwortet werden.

- ESF: Zwei Bundesländer geben an, dass Vereinfachungen im Vergabeverfahren genutzt werden können. Ein Grund für die geringe Nutzung ist darin zu sehen, dass ESF-Mittel vorwiegend im Zuwendungsverfahren vergeben werden.

9. Liste der durchgeführten Evaluierungen

Auftraggeber	Auftragnehmer	Datum Fertig-stellung	Titel der Studie
Bundesministerium für Arbeit und Soziales	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (RWI) Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH (ISG)	jährliche Zwischenberichte im Juni Abschlussbericht Juni 2016	Evaluation des Operationellen Programms des Bundes für den ESF in der Förderperiode 2007–2013 (OP Bund)
Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	Gesellschaft für Innovationsforschung und Beratung mbH (GIB)	Nov 11	Evaluation der Fördermaßnahmen „EXIST-Gründerstipendium“ und „EXIST-Forschungstransfer“ (November 2011)
Bundesministerium für Bildung und Forschung	Gesellschaft für Innovationsforschung und Beratung mbH (GIB)	Abschlussbericht der Gesamtevaluation (01/2011).	Jobstarter - Für die Zukunft ausbilden
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Rambøll Management Consulting GmbH DIW econ GmbH	Zwischenbericht: 31.01.2010 Abschlussbericht: 24.02.2010	Initiative Lokale Bündnisse für Familie
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	INBAS-Sozialforschung GmbH	Zwischenberichte: 12/2008 und12/2009 Abschlussbericht: 03/2011	Freiwilligendienste machen kompetent
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Rambøll Management Consulting GmbH	Zwischenbericht: 31.01.2010 Abschlussbericht: 30.06.2011	Unternehmen Familie - Innovationen durch familienunterstützende Dienstleistungen
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik GmbH (INBAS) InterVal GmbH	31.07.2010 und 31.07.2011 Sachstandsberichte 31.01.2011 und 31.01.2012 Zwischenberichte 31.07.2012 Abschlussbericht	Stärken vor Ort
Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	GEFRA – Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen GbR, Münster EMDS - Economic Modelling and Development Strategies, Dublin IFS – Institut für Stadtforschung und Strukturentwicklung, Berlin MR Gesellschaft für Regionalberatung mbH, Bremen	Juni 2010	Anforderungen und Handlungsoptionen für den Einsatz der europäischen Strukturpolitik in den Jahren 2014-2020 in den neuen Bundesländern einschließlich Berlin
Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	Prognos AG	23.04.2010	Umsetzung des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ im Rahmen der europäischen Strukturpolitik

Auftraggeber	Auftragnehmer	Datum Fertig-stellung	Titel der Studie
			und Handlungsoptionen für seine Fortführung in der Förderperiode 2014-2020. Endbericht
Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen	Isw Institut	12.6.2012	Umwelt und Nachhaltigkeit – Bericht zur Zwischenbewertung der Umweltwirkungen des OP Verkehr – Operationelles Programm Verkehr EFRE Bund 2007-2013
Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien, Frauen und Senioren Baden-Württemberg	ISG Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH	19.07.2011	Operationelles Programm "Chancen fördern" - der europäische Sozialfonds in Baden-Württemberg. Evaluationsbericht
Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien, Frauen und Senioren Baden-Württemberg	Pädagogische Hochschule Freiburg, Wissenschaftliches Institut des Jugendhilfswerks Freiburgs e.V. an der Pädagogischen Hochschule Freiburg, Kommunalverbandes Jugend und Soziales Baden-Württemberg - Landesjugendamt	Juli 2010	Jugend mit Chancen - Praxisentwicklung und Qualitätssicherung für regional geförderte ESF-Projekte - Bericht der wissenschaftlichen Evaluation
Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien, Frauen und Senioren Baden-Württemberg	ISG Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH	14.07.2011	Operationelles Programm "Chancen fördern" - der europäische Sozialfonds in Baden-Württemberg. Studie zur Regionalisierung des ESF
Verwaltungsbehörde ESF in Bayern im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (StMAS)	ISG - Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH	23.11.2010	Zukunft in Bayern - Europäischer Sozialfonds Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung Bayern 2007 - 2013 Evaluationsbericht zur Halbzeit
Verwaltungsbehörde ESF in Bayern im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (StMAS)	ISG - Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH	20.09.2011	Zukunft in Bayern - Europäischer Sozialfonds Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung Bayern 2007 - 2013 Fortschreibung Evaluation Förderaktivität A3 Coaching von Existenzgründern, Unternehmensnachfolgern
Verwaltungsbehörde ESF in Bayern im Bayerischen Staatsministerium fürArbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (StMAS)	ISG - Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH	24.10.2011	Zukunft in Bayern - Europäischer SozialfondsRegionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung Bayern 2007 - 2013 Fortschreibung Evaluation Förderaktivität B11Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen und in zukunftsorientierten Berufen
Verwaltungsbehörde ESF in Bayern im Bayerischen Staats-	ISG - Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH	09.12.2011	Zukunft in Bayern - Europäischer Sozialfonds Regionale Wettbewerbsfähigkeit

Auftraggeber	Auftragnehmer	Datum Fertig-stellung	Titel der Studie
ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (StMAS)			und Beschäftigung Bayern 2007 - 2013 Fortschreibung Evaluation Förderaktivität B5.1 Praxisklassen an Haupt-/Mittelschulen
Verwaltungsbehörde ESF in Bayern im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (StMAS)	ISG - Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH	13.12.2011	Zukunft in Bayern - Europäischer Sozialfonds Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung Bayern 2007 - 2013 Fortschreibung Evaluation Förderaktivität C13 Qualifizierung und Stabilisierung von Menschen mit Behinderung und psychischen Erkrankungen
Verwaltungsbehörde ESF in Bayern im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (StMAS)	ISG - Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH	02.02.2012	Zukunft in Bayern - Europäischer Sozialfonds Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung Bayern 2007 - 2013 Fortschreibung Evaluation Förderaktivität B9 Netzwerktätigkeiten zwischen Hochschulen und Unternehmen und Humanressourcen
Verwaltungsbehörde ESF in Bayern im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (StMAS)	ISG - Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH	08.02.2012	Zukunft in Bayern - Europäischer Sozialfonds Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung Bayern 2007 - 2013 Fortschreibung Evaluation Förderaktivität B5.4/5.5 Maßnahmen zur Berufsorientierung und Unterstützung im Übergang Schule-Beruf
Verwaltungsbehörde ESF in Bayern im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (StMAS)	ISG - Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH	02.03.2012	Zukunft in Bayern - Europäischer Sozialfonds Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung Bayern 2007 - 2013 Fortschreibung Evaluation Förderaktivität A1 Berufliche Weiterbildung von Beschäftigten insb. KMU, Unterstützung der Anpassung
Verwaltungsbehörde ESF in Bayern im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (StMAS)	ISG - Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH	31.03.2012	Zukunft in Bayern - Europäischer Sozialfonds Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung Bayern 2007 - 2013 Fortschreibung Evaluation Förderaktivität B8 Unterstützung besonders benachteiligter junger Menschen
Verwaltungsbehörde ESF in Bayern im Bayerischen Staatsministerium für	ISG - Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH	30.07.2012	Zukunft in Bayern - Europäischer Sozialfonds Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung Bayern 2007

Auftraggeber	Auftragnehmer	Datum Fertig-stellung	Titel der Studie
Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (StMAS)			- 2013 Fortschreibung Evaluation Förderaktivität B6 Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze sowie Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation für markbenachteiligte Jugendliche ohne Schulabschluss
Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	Prognos AG	keine Angabe	Stand und Perspektiven der EFRE Förderung in Bayern - Zwischenevaluation des Operationellen Programms des EFRE im Ziel RWB Bayern 2007-2013
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen	IfS Institit für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH, MR Gesellschaft fü r Regionalberatung mbH	Juli 2010	Die n+2-Problematik im Berliner EFRE-Programm – Ursachen und Ansätze zur Abhilfe. Vertiefende Bewertung (2009) im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen	ÖIR Österreichisches Institut für Raumplanung, Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung ISI	21.05.2012	Halbzeitbewertung des Operationellen Programms für den Europäischen Fonds füre regionale Entwicklung (EFRE) in Berlin
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen	PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Juli 2010	Evaluierung der Berliner Innovations- und Technologieförderung der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen	Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Mai 2011	Evaluierung des Förderprogramms „Neue Märkte erschließen“ des Landes Berlin
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen	GEFRA, IfS, MR Gesellschaft für Regionalberatung	Dezember 2011	Die industriepolitische Dimension des EFRE - Integrierte Strukturpolitik in Berlin Vertiefende Bewertung (2010) im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung
Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (MASF)	isw Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung gGmbH	Januar 2012	Begleitende Evaluation des operationellen Programms des Landes Brandenburg. Endberichtzur Halbzeitbewertung
Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie	Gesellschaft für Innovationsforschung und Beratung mbH	18.11. 2009	Formative Evaluation des Modellprojekts Servicestelle „Arbeitswelt und Elternzeit“
Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie	ISB - Gesellschaft für Integration, Sozialforschung und Betriebspädagogik gGmbH	28.01.2009	Präformative Evaluationsstudie „Berufsorientierung von Brandenburger Schülerinnen und Schülern mit dem sonderpädagogischen Förderbedarf im Förderschwerpunkt „Lernen“ und dem Angebot betrieblicher Ausbildungsplätze für behinderte Jugendliche“
Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und	Institut für Innovation und Beratung an der Evangeli-	September 2009	Evaluation „Feriencamps in Brandenburg

Auftraggeber	Auftragnehmer	Datum Fertig-stellung	Titel der Studie
Familie	schen Fachhochschule Berlin e.V.		zur Förderung abschlussgefährdeter Jugendlicher im Schuljahr 2008/09“
Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie	Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik	2009	Evaluation des Programms „Innovative arbeitsmarktpolitische Schwerpunktförderung im Land Brandenburg (INNOPUNKT)“
Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie	Universität Erfurt Fachgebiet für Berufspädagogik und berufliche Weiterbildung	Dezember 2010	Evaluationsbericht zum Förderprogramm „Initiative Oberschule – IOS“ des Europäischen Sozialfonds in Brandenburg
Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie	Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik	November 2010	Evaluation des Programms „Beschäftigungsperspektiven eröffnen - Regionalentwicklung stärken (Regionalbudget)“ Endbericht
Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie	Jacobs Center on Lifelong Learning and Institutional Development Jacobs University Bremen gGmbH	Juni 2011	Evaluation der kognitiven Trainings im Rahmen des Landesprogramms „Akademie 50plus“ Endbericht
Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie	Johann Daniel Lawaetz-Stiftung, PIW Progress-Institut für Wirtschaftsforschung GmbH	Dezember 2010	Evaluation der INNOPUNKT-Initiative "Nachhaltige Zugangswege für formal Geringqualifizierte in Beschäftigung unter Einbeziehung europäischer Erfahrungen" Endbericht der Evaluation
Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie	PIW Progress-Institut für Wirtschaftsforschung GmbH; IWAK Frankfurt Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur	Dezember 2010	„Evaluation zur Umsetzung regionaler Strategien zur Bewältigung von Fachkräfteengpässen durch die Regionalbüros für Fachkräftesicherung im Land Brandenburg“ Endbericht
Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie Brandenburg	Instituts für Sozialforschung und Sozialwirtschaft e.V.	2012	Innopunkt Initiative "Ältere - Erfahrung trifft Herausforderung"
Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg	Prognos AG	keine Angabe	Endbericht Projektbegleitende Evaluierung der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderstrategie des Landes Brandenburg
	Decision Institute, ifo Institut Dresden	22.10.2010	Evaluierung der Ergebnisse der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung des Landes Brandenburg
Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg (MWE)	PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	September 2009	Evaluierungsstudie zur Effektivität und Effizienz der Richtlinie des Ministeriums für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg (MWE) zur Förderung des wirtschaftsbezogenen Technologietransfers

Auftraggeber	Auftragnehmer	Datum Fertig-stellung	Titel der Studie
Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen	Steria Mummert Consulting (SMC)	August 2012	Sonderuntersuchung zum Landesprogramm Bremer Fachkräfteinitiative 2011-2013/1014
Senator für Wirtschaft und Häfen	Prognos AG	03.03.2010	Analyse zu den Wirkungen der EFRE-Förderung auf das regiona-le Innovationssystem im Land Bremen und daraus abgeleitete Handlungsoptionen für die Fort-führung des RWB-Ziels nach 2013
Behörde für Wirtschaft und Arbeit	Rambøll Management Consulting GmbH	März 2011	Ad-hoc-Evaluierung der Aktion C5 "Förderung der Teilnahme von Langzeitarbeitslosen am Erwerbsleben" im Rahmen des ESF-OP Hamburg 2007-2013
Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration	Rambøll Management Consulting GmbH	Juni 2011	Ad-hoc-Evaluierung zur Messung der Kundenzufriedenheit im Bereich der Beratungsstellen zur Förderung von Nahversorgungszentren und Einkaufsstraßen sowie des Mixed Market (ESF Aktion C 6)
Behörde für Wirtschaft und Arbeit	Rambøll Management Consulting GmbH	März 2010	Kurzstudie zur Umsetzung der Querschnitssziele im Hamburger ESF-Programm 2 mit Fokus auf das Querschnitssziel Chancengleichheit
Behörde für Wirtschaft und Arbeit	Rambøll Management Consulting GmbH	Mai 2009	Ad-Hoc Evaluierung der Aktion A5 "Förderung des Unternehmergeistes" im Rahmen des ESF-OP Hamburg 2007-2013
Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration	Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration	Juni 2011	Evaluation der arbeitsmarktpolitischen Wirksamkeit der ESF-finanzierten migrantenspezifischen Existenzgründungsberatung in Hamburg
Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration	Rambøll Management Consulting GmbH	Dezember 2010	Der europäische Sozialfonds (ESF) in Hamburg 2007-2013 Halbzeitbewertung 2011
Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa	Rambøll Management Consulting GmbH	31.05.2012	Evaluation - "Vorbereitung der Entlassung von Strafgefangenen - Übergangsmanagement" - Schwerpunkt: Vorbereitung der Entlassung in den sozialen Empfangsraum von Gefangenen mit besonderem Hilfebedarf nach der Haft als Dienstleistung der freien Straffälligenhilfe
Land Mecklenburg-Vorpommern	IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH	Mai 2012	Bewertung der Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern aus den spezifischen Zielen A.3 und C.3 des Operationellen Programms für den ESF in Mecklenburg-Vorpommern in den Jahren 2007 bis 2013 Grundstudie
Land Mecklenburg-Vorpommern	MR Gesellschaft für Regionalberatung mbH, IfS Institut	August 2011	Evaluation der Förderung von Unternehmensnetzwerken

Auftraggeber	Auftragnehmer	Datum Fertig-stellung	Titel der Studie
	für Stadtforschung und		in Mecklenburg-Vorpommern
Land Mecklenburg-Vorpommern	IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH	August 2012	Bewertung der Förderung der Weiterbildung und Beratung aus dem spezifischen Ziel A.1 des Operationellen Programms für den ESF in Mecklenburg-Vorpommern in den Jahren 2007 bis 2013
	GEFRA – Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen GbR, MR Gesellschaft für Regionalberatung mbH	Mai 2012	Evaluation der Förderung der Verkehrsinfrastruktur und Mobilität durch den EFRE
	GEFRA – Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen GbR, MR Gesellschaft für Regionalberatung mbH	Mai 2012	Evaluation der einzelbetrieblichen Investitionsförderung durch den EFRE
	GEFRA – Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen GbR, MR Gesellschaft für Regionalberatung mbH	Juni 2012	Evaluation der Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur durch den EFRE
Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	Steria Mummert, Prognos AG, gender büro, Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.	Oktober 2010	Halbzeitbewertung der Interventionen des Europäischen Sozialfonds im Land Niedersachsen in der Förderperiode 2007-2013
Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	Steria Mummert, Prognos AG, gender büro, Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.	Dezember 2009	Sonderuntersuchung Scoring-Verfahren. Evaluation der Projektauswahl für EFRE- und ESF Projekte in Niedersachsen mithilfe von Scoring- Modellen
Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	Steria Mummert, Prognos AG, Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.	Juli 2010	Sonderuntersuchung zu den Regionalisierten Teilbudgets im Rahmen der ESF- und EFRE-Begleitforschung in Niedersachsen
Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	Steria Mummert, Prognos AG, Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.	Juli 2012	Sonderuntersuchung im Rahmen der ESF-/EFRE-Begleitforschung in Niedersachsen, Förderperiode 2007-2013 - Demographischer Wandel, Fachkräftebedarf und Chancengleichheit
Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V., Prognos AG	August 2009	Abschätzung der ökonomischen Effekte der EFRE-Programme zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für KMU in Niedersachsen 2007-2013
Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	Steria Mummert, Prognos AG, Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V., gender büro	Oktober 2010	Halbzeitbewertung der Interventionen des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung im Land Niedersachsen in

Auftraggeber	Auftragnehmer	Datum Fertig-stellung	Titel der Studie
			der Förderperiode 2007-2013
Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW	Gesellschaft für Innovative Beschäftigungsförderung mbH	März 2011	Evaluation des Programms „Werkstattjahr“ im Rahmen der Evaluierung des NRW-ESF-Programms 2007 - 2013. Entwurf
Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW	qualiNetz GmbH, InterVal GmbH	April 2011	Programmbewertung der Fördermaßnahme "Werkstattjahr"
Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW	ISG-Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH	Mai 2011	Evaluierung der Umsetzung des ESF-Programms für Nordrhein-Westfalen in der Förderphase 2007 - 2013 - Prioritätsachse A
Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW	ISG-Institut für Sozialforschungund Gesellschaftspolitik GmbH	April 2012	Evaluierung der Umsetzung des ESF-Programms für Nordrhein-Westfalen in der Förderphase 2007 - 2013 - Prioritätsachse B
Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW	Gesellschaft für Innovative Beschäftigungsförderung mbH	Juli 2012	Untersuchung des Programms „Jugend in Arbeit plus“ im Rahmen der Evaluierung des NRW-ESF-Programms 2007 - 2013
Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen	MR Gesellschaft für Regionalberatung mbH, GEFRA Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen	05.10.2010	Evaluation NRW/EU-Mikrodarlehen
Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen	MR Gesellschaft für Regionalberatung mbH, GEFRA Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen	September 2008	Wettbewerbe des Landes NRW Zwischenbewertung Zusammenfassung - Summary
Staatskanzlei und Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen	GEFRA - Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen, MR Gesellschaft für Regionalberatung mbH	August 2010	Zukunft der Europäischen Strukturfonds in Nordrhein-Westfalen
Ministerium für Arbeit, Familie, Prävention, Soziales und Sport	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V.; isoplan-Marktforschung	19.07.2011	Zwischenevaluierung des Operationellen Programms des Saarlandes für den Europäischen Sozialfonds Förderperiode 2007-2013 „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ Abschlussbericht
Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit	isw Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung gemeinnützige Gesellschaft mbH	22.09.2009	Begleitende Evaluierung für den Europäischen Sozialfonds im Freistaat Sachsen 2007-2013 Evaluierung der Prioritätsachse A Bericht zur Programmevaluierung
Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit	isw Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung gemeinnützige Gesellschaft mbH	04.06.2010	Begleitende Evaluierung für den Europäischen Sozialfonds im Freistaat Sachsen 2007-2013 Programmevaluierung der Prioritätsachse B

Auftraggeber	Auftragnehmer	Datum Fertig-stellung	Titel der Studie
Sächsisches Staats-ministerium für Wirt-schaft und Arbeit	isw Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung gemeinnützige Gesellschaft mbH	05.03.2010	Begleitende Evaluierung für den Europäischen Sozial-fonds im Freistaat Sachsen 2007-2013 Bericht zur Programmevaluie-rung der Prioritätsachse C
Sächsisches Staats-ministerium für Wirt-schaft und Arbeit	isw Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung gemeinnützige Gesellschaft mbH	26.03.2010	Begleitende Evaluierung für den Europäischen Sozial-fonds im Freistaat Sachsen 2007-2013 Bericht zur Programmevaluie-rung der Prioritätsachse E
Sächsisches Staats-ministerium für Wirt-schaft und Arbeit	isw Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung gemeinnützige Gesellschaft mbH	27.03.2009	Begleitende Evaluierung für den Europäischen Sozial-fonds im Freistaat Sachsen 2007-2013 Programmevaluation – Phase 1 – Endbericht –
Sächsisches Staats-ministerium für Wirt-schaft und Arbeit	isw Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung gemeinnützige Gesellschaft mbH	04.06.2010	Begleitende Evaluierung für den Europäischen Sozial-fonds im Freistaat Sachsen 2007-2013 Programmevaluierung – Phase 2
Sächsisches Staats-ministerium für Wirt-schaft und Arbeit	Steria Mummert Consulting AG	31.03.2011	3. Bewertung des Operationel-len Programms des Freistaates Sachsen für den Europäischen Sozial-fonds (ESF) im Ziel Konvergenz in der Förderperiode 2007 bis 2013 Abschlussbericht
Sächsisches Staats-ministerium für Wirt-schaft und Arbeit	Steria Mummert Consulting AG	30.06.2011	Begleitende Evaluierung für den Europäischen Sozial-fonds im Freistaat Sachsen 2007-2013 Programmevaluierung der Prio-ritätsachse A - Endbericht
Sächsisches Staats-ministerium für Wirt-schaft und Arbeit	PricewaterhouseCoopers AG WPG	18.12.2009	Bericht für die Ad-hoc-Bewertung 2009 zum Ände-rungsantrag Operationelles Programm des Freistaates Sachsen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)
Sächsisches Staats-ministerium für Wirt-schaft und Arbeit	PricewaterhouseCoopers AG WPG	30.09.2010	Bericht für die Analyse zum zweiten Änderungsantrag für das Operationelle Programm des Freistaates Sachsen für

Auftraggeber	Auftragnehmer	Datum Fertig-stellung	Titel der Studie
			den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)
Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit	PricewaterhouseCoopers AG WPG	30.04.2009	Bericht 1 für die Laufende Bewertung (Teil 1) des Operationellen Programmsdes Freistaates Sachsen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Ziel "Konvergenz"in der Förderperiode 2007 bis 2013 Bewertung des Querschnittsziels Gleichstellung und Nichtdiskriminierung von Menschen mit Behinderungen
Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit	PricewaterhouseCoopers AG WPG, Infrastruktur und Umwelt Professor Böhm und Partner, Bergische Universität Wuppertal	31.10.2010	Bericht 2 für die laufende Bewertung (Teil 1) des Operationellen Programms des Freistaates Sachsen für den Europäischen Fonds für regionale Entwick-lung (EFRE) in der Förderperiode 2007 bis 2013 Bewertung der Prioritätsachse 3 "Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der gewerblichen Wirtschaft"
Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit	PricewaterhouseCoopers AG WPG, LUB Consulting GmbH, Infrastruktur und Umwelt Professor Böhm und Partner	31.10.2010	Bericht 3 für die laufende Bewertung (Teil 1) des Operationellen Programms des Freistaates Sachsen für den Europäischen Fonds für regionale Entwick-lung (EFRE) in der Förderperiode 2007 bis 2013 Bewertung der Prioritätsachse 4 "Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur"
Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit	PricewaterhouseCoopers AG WPG, Infrastruktur und Umwelt Professor Böhm und Partner, Bergische Universität Wuppertal	31.10.2010	Bericht 4 für die laufende Bewertung (Teil 1) des Operationellen Programms des Freistaates Sachsen für den Europäischen Fonds für regionale Entwick-lung (EFRE) in der Förderperiode 2007 bis 2013 Bewertung der Prioritätsachse 5 "Ausbau und Verbesserung der Infrastruktur für ein nachhaltiges Wirt-schaftswachstum"
Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit	PricewaterhouseCoopers AG WPG, entera Ingenieurgesellschaft für Planung und Informationstechnologie	31.07.2011	Bericht 5 der laufenden Bewertung zum Operationellen Programm des Freistaates Sachsen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Ziel "Konvergenz" in der Förderperiode 2007 bis 2013 Bewertung der Prioritätsachse 1 "Stärkung von Innovation, Wissenschaft und Forschung"
Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit	PricewaterhouseCoopers AG WPG, entera Ingenieurgesellschaft für Planung und	19.12.2011	Bericht 6 der laufenden Bewertung zum Operationellen Programm des Freistaates Sach-

Auftraggeber	Auftragnehmer	Datum Fertig-stellung	Titel der Studie
	Informationstechnologie		sen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Ziel "Konvergenz" in der Förderperiode 2007 bis 2013 Bewertung der Prioritätsachse 2 "Verbesserung der Bildungsinfrastruktur"
Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit	Institut für Selbstmanagement und Innovation (ISI), Dr. Ingeborg Böhm Consulting, NetOrg mit pFiFF	24.01.2012	Bericht zur Umsetzung des Querschnittszieles "Chancengleichheit" im Operationellen Programm des Freistaates Sachsen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Ziel "Konvergenz" in der Förderperiode 2007 bis 2013
Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit	Rambøll Management Consulting GmbH	01.10.2008	Evaluation der Fördermaßnahme „Gewährung von Zuwendungen für Technologietransfermaßnahmen im Freistaat Sachsen“ (Technologietransferförderung)
Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft	Taurus Eco Consulting	Februar 2011	Ökoeffizienz-Kriterien für relevante Vorhaben des sächsischen EFRE-OP
Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt	Rambøll Management Consulting GmbH; Metis	März 2011	Strategiebericht 2010 Fondsübergreifende Halbzeitbilanz der EU-Fonds in Sachsen-Anhalt
Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt	Rambøll Management Consulting GmbH	August 2010	Themenspezifische Evaluierung Zusammenspiel der ESF geförderten Maßnahmen am Übergang Schule-Ausbildung
Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt	Rambøll Management Consulting GmbH	13.12.2010	Evaluierung der Existenzgründungsförderung: Innovative Existenzgründungen, Gründungen aus Hochschulen
Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt	Rambøll Management Consulting GmbH	Mai bis Oktober 2011	Themenspezifische Evaluation der Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsförderung
Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt	Rambøll Management Consulting GmbH, metis	April 2012	Evaluation der beruflichen Weiterbildung im ESF
Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt	Rambøll Management Consulting GmbH, metis	keine Angabe	Themenspezifische Evaluation der Förderung des Kulturtourismus und der touristischen Infrastruktur
Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt	Rambøll Management Consulting GmbH	19.11.2009	Evaluation Städtische Dimension. Europäische Strukturfonds Sachsen-Anhalt 2007 – 2013 - Zwischenbericht
Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt	Rambøll Management Consulting GmbH, Metis	Mai 2010, überarbeitet im Juli und Oktober 2010	EvaluationStädtische Dimension. Europäische Strukturfonds Sachsen-Anhalt 2007 – 2013- 2. Zwischenbericht Modul 3 Okto-

Auftraggeber	Auftragnehmer	Datum Fertigstellung	Titel der Studie
			ber 2010
Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr	Rambøll Management Consulting GmbH	keine Angabe	Stand der Umsetzung des Demografie-TÜV Synthese Frühjahr und Herbst 2009
Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt	Rambøll Management Consulting GmbH	16.06.2010	Evaluierung der einzelbetrieblichen, kapitalorientierten Förderinstrumente: GRW gewerblich, KMU-Darlehensfonds, Risikokapitalfonds IBG II - Bericht 2009 Endfassung
Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa des Landes Schleswig-Holstein	ISG-Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH	30.06.2009	Evaluierung des „Zukunftsprogramms Arbeit“ des Landes Schleswig-Holstein für die Jahre 2007 und 2008 Endbericht
Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Landes Schleswig-Holstein	Rambøll Management Consulting GmbH	September 2011	Evaluierung der Umsetzung des Zukunftsprogramms Arbeit in den Jahren 2007 bis 2010 Endbericht
Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein	Prognos AG	08.03.2011	Evaluierung des Operationellen Programms EFRE Schleswig-Holstein 2007-2013 bzw. des Zukunftsprogramms Wirtschaft (ZPW)
Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie	Rambøll Management Consulting GmbH	Januar 2011	Halbzeitbewertung zum operationellen Programm des Freistaats Thüringen für den Europäischen Sozialfonds (ESF) in der Förderperiode 2007-2013 Endbericht
Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie	Rambøll Management Consulting GmbH	Januar 2011	Halbzeitbewertung zum operationellen Programm des Freistaats Thüringen für den ESF in der Förderperiode 2007-2013: Fachspezifische Evaluierung der Thüringer Initiative zur Integration und Armutsbekämpfung - Nachhaltigkeit Tizian
Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie	Rambøll Management Consulting GmbH	Januar 2011	Halbzeitbewertung zum operationellen Programm des Freistaats Thüringen für den Europäischen Sozialfonds (ESF) in der Förderperiode 2007-2013 Fachstudie zur Prioritätsachse E - Transnationale Aktivitäten
Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie	Rambøll Management Consulting GmbH	Januar 2011	Halbzeitbewertung zum operationellen Programm des Freistaats Thüringen für den europäischen Sozialfonds (ESF) in der Förderperiode 2007-2013 Fachstudie Chancengleichheit
Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie	Rambøll Management Consulting GmbH	Januar 2011	Halbzeitbewertung zum Operationellen Programm des Freistaats Thüringen für den Europäischen Sozialfonds (ESF) in der Förderperiode 2007-2013 Kurzstudie Finanzierungsinstrumente der Existenzgrün-

Auftraggeber	Auftragnehmer	Datum Fertig-stellung	Titel der Studie
			dungsförderung
Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie (TMWAT)	GEFRA - Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen, MR Gesellschaft für Regionalberatung mbH	April 2011	Halbzeitbewertung zum Operationellen Programm des Freistaats Thüringen für den Europäischen Fonds für die Regionale Entwicklung (EFRE) in der Periode von 2007 bis 2013

10. Good Practice-Beispiele

10.1 NRW/EU.Investitionskapital (Intelligentes Wachstum - EFRE)

NRW/EU.Investitionskapital		
Land	Deutschland	
Region	Nordrhein-Westfalen	
Prioritätsachse/Politikbereich	Prioritätsachse 1: Stärkung der unternehmerischen Basis	
Dauer (Beginn und tatsächliches oder geplantes Ende)	2013-2020	
Ziel	☐ Konvergenz X Wettbewerbsfähigkeit	
Finanzierung	Förderfähige Gesamtkosten	65,0 Mio. Euro Fondsanteil (max. 2 Mio. Euro pro Vorhaben)
	EU-Mittel	32,5 Mio. Euro Fondsanteil (0,5 Mio. Euro pro Vorhaben)
	Nationale öffentliche Mittel	32,5 Mio. Euro Fondsanteil
	Regionale öffentliche Mittel	-
	Private Kofinanzierungsmittel	-
	Weitere Private Mittel	Ca. 65,0 Mio. Euro induzierte Investitionen
Kontakt	Name	Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen
	Organisation	Referat IV A.3
	Adresse	Haroldstraße 4, 40190 Düsseldorf
	E-Mail	Reiner.eisold@mweimh.nrw.de
	Internet	www.mweimh.nrw.de
Maßnahmen-/Politikbeschreibung	(Bitte geben Sie an: Gesamtziel - Beschreibung der Aktivitäten - Benennung der Begünstigten - erreichte Ergebnisse) Finanzierungsförderung von Investitionen wachsender KMU durch Mezzaninekapital: KMU verfügen in Deutschland über eine geringe Eigenkapitalquote, die es ihnen erschwert bei Banken erforderliche Kreditmittel für Investitionen einzuwerben (niedrige Ratingwerte, schwierige Langfristfinanzierungen aufgrund des damit verbundenen höheren Kreditrisikos); mit den Fondsmitteln erhalten die Unternehmen bis zu 50 % der förderfähigen Kosten einer Investitionsfinanzierung als kapitalähnliche Mittel, die sie verzinst nach sieben Jahren in fünf gleichen Jahresraten zurückzahlen. Die Mittel werden nach Erstverwendung revolvierend wieder zugunsten von KMU-Investitionen eingesetzt (Revolvierender Förderfonds). Begünstigt sind KMU entsprechend der jeweils geltenden Definition der EU KOM. In den Jahren 2003 bis 2012 wurden auf diese Weise in zwei Förderperioden etwa 120 Mio Euro den KMU in NRW zur Verfügung gestellt (hierdurch wurde seit 2003 ein Investitionsvolumen von rd. 300 Mio Euro ermöglicht). Die ersten Finanzierungen laufen in 2013 planmäßig aus. Die bereitgestellten Mittel haben bis dato durch Zinsen und vorzeitige Rückzahlungen einen Anlagegewinn erzielt.	
Strategischer Kontext	(Bitte geben Sie an: Hintergrundinformationen, Problembeschreibung, Verbindung zu einer für das Programm zentralen Herausforderung, die durch die Aktivität verändert/behoben werden soll) Zwei Ziele werden mit dem Programm, beginnend 2003, verfolgt: 1. KMU haben aufgrund des Ratings nach Basel II wegen des geringen Eigenkapitals (hier sind in Deutschland traditionell steuerliche Gründe und die i.d.R. schwächere Marktstellung von KMU maßgeblich) einen zunehmend schlechteren Zugang zu Kreditfinanzierungen. Banken erhalten durch die eigenkapitalähnliche Finanzierung von 50 % einer Investition die Möglichkeit ihre Besicherungslage zu verbessern und auf diese Weise das Rating für das KMU anzuheben. 2. Die von EU KOM und Land NRW bereit gestellten Fondsmittel werden im	

	Rahmen einer Finanzierung an die KMU gegen Zinszahlung und Tilgung (nach 7 Jahren in den folgenden 5 Jahren = 12 Jahre Gesamtlaufzeit) gegeben. Nach Rückfluss der Mittel stehen sie wieder zur KMU-Investitionsfinanzierung zur Verfügung (revolvierender Fördermitteleinsatz statt verlorene Investitionszuschüsse). Zentrale Herausforderung für das Programm ist die sachgerechte „Bewirtschaftung der Mittel, so dass ein tatsächliches Revolvieren erfolgt und die Unternehmen nachhaltig Wachsen und entsprechend zukunftsbezogene Arbeitsplätze schaffen oder erhalten.		
Design und Umsetzung	(Bitte beschreiben Sie das Design der Maßnahme, die Managementverfahren, das Monitoring sowie insbesondere die innovativen oder good-practice Elemente) Das Design besteht im revolvierenden Charakter des Mitteleinsatzes (vor dem Investtionszuschüssen); als Managementverfahren kann die effiziente Mittelvergabe, d.h. ermitteln von Wachstums- und Beschäftigungselementen gesehen werden. Das Monitoring des Programms erfolgt laufend durch Begleitung des Fondsmanagements durch das zuständige Ressort/Referat. Als „best-practice-Element" wäre die Entwicklung eines revolvierenden Förderinstruments als Mittelsparende Förderung anzusehen.		
Beitrag zu Europa 2020/ zu EU-Politiken	(KMU-Förderung mit einem revolvierenden Fonds)	Ja	Nein
	Intelligentes Wachstum (Strategische Leitlinien 2007-2013: „Förderung des Wissens und der Innovation für Wachstum")	X ( )	( )
	Nachhaltiges Wachstum (Strategische Leitlinien 2007-2013: „Stärkung der Anziehungskraft Europas für Investoren und Arbeitskräfte")	( )	( )
	Integratives Wachstum (Strategische Leitlinien 2007-2013: „Mehr und bessere Arbeitsplätze")	X (X)	( )
	Territoriale Dimension der Kohäsionspolitik (z.B. Integrierte städtische Entwicklung, ländliche Entwicklung, oder ETC)	( )	X (X)
	Förderung der Gleichstellung der Geschlechter (Gender Mainstreaming oder spezifische Maßnahmen)	( )	X (X)
	Verhinderung der Diskriminierung marginalisierter Gruppen/Förderung des Zugangs von Behinderten		X

10.2 Transnationale FuE-Vorhaben (Intelligentes Wachstum – EFRE)

Vorschlag Good-Practice-Beispiel			
Land	Deutschland		
Region	Thüringen		
Prioritätsachse/Politikbereich	Bildung, Forschung und Entwicklung, Innovation – transnationale Zusammenarbeit		
Dauer (Beginn und tatsächliches oder geplantes Ende)	2007 bis 2014		
Ziel	X Konvergenz ☐ Wettbewerbsfähigkeit		
Finanzierung	Förderfähige Gesamtkosten	15,8 Mio. Euro	
	EU-Mittel	8,68 Mio. Euro	
	Nationale öffentliche Mittel	2,92 Mio. Euro	
	Regionale öffentliche Mittel		
	Private Kofinanzierungsmittel	4,2 Mio. Euro	
	Weitere Private Mittel		
Kontakt	Name	Carola Wille	
	Organisation	Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie Verwaltungsbehörde der EU-Strukturfonds (EFRE/ESF)	
	Adresse	Max-Reger Str. 4-8 99096 Erfurt	
	E-Mail	Carola.wille@tmwat.thueringen.de	
	Internet	www.efre-thueringen.de	
Maßnahmen-/Politikbeschreibung	Stärkung bzw. Aufbau der FuE-Zusammenarbeit zwischen Thüringer Partnern (KMU, Hochschule, Forschungseinrichtungen, Kommunen und Verbände) und Partnern aus europäischen Kooperationsregionen. Unterstützung transnationaler FuE-Vorhaben insbesondere im Bereich GreenTech. Konzentration der Förderung auf die Zusammenarbeit mit Partnern aus 13 europäischen Kooperationsregionen (Basis bildet Konzept, das zu Beginn der Förderperiode erarbeitet wurde).		
Strategischer Kontext	Im Mittelpunkt der Förderung steht die Intensivierung der Forschungs- und Entwicklungszusammenarbeit von Thüringer Unternehmen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Verbänden oder Kommunen mit Kooperationspartnern aus anderen Regionen der Europäischen Union und der EFTA-Staaten. Dadurch sollen die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in Thüringen gestärkt werden, um die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Thüringer Akteure zu verbessern.		
Design und Umsetzung	Etablierung einer gemeinsamen Koordinierungsstelle EFRE und ESF für transnationale Vorhaben. Koordinierungsstelle ist Anlaufstation für Thüringer und europäische Partner, sie baut Kontakte zu europäischen Kooperationsregionen auf und koordiniert die transnationale Zusammenarbeit im EFRE und ESF. Jährliche Wettbewerbsaufrufe mit zweistufigem Antragsverfahren. Begleitung der Wettbewerbsaufrufe durch Lenkungsgruppe, die Anträge diskutiert und votiert.		
Beitrag zu Europa 2020/ zu EU-Politiken		Ja	Nein
	Intelligentes Wachstum (Strategische Leitlinien 2007-2013: „Förderung des Wissens und der Innovation für Wachstum“)	x	
	Nachhaltiges Wachstum		

	(Strategische Leitlinien 2007-2013: „Stärkung der Anziehungskraft Europas für Investoren und Arbeitskräfte“)		
	Integratives Wachstum (Strategische Leitlinien 2007-2013: „Mehr und bessere Arbeitsplätze“)		
	Territoriale Dimension der Kohäsionspolitik (z.B. Integrierte städtische Entwicklung, ländliche Entwicklung, oder ETC)		
	Förderung der Gleichstellung der Geschlechter (Gender Mainstreaming oder spezifische Maßnahmen)		
	Verhinderung der Diskriminierung marginalisierter Gruppen/Förderung des Zugangs von Behinderten		

10.3 Initiative Oberschule Brandenburg (ESF)

Vorschlag Good-Practice-Beispiel		
Land	Deutschland	
Region	Brandenburg	
Prioritätsach-se/Politikbereich	B	
Dauer (Beginn und tatsäch-liches oder geplantes Ende)	01.08.2007 – 31.07.2014	
Ziel	x Konvergenz Wettbewerbsfähigkeit	
Finanzierung	Förderfähige Gesamtkosten	31,5 Mio. Euro
	EU-Mittel	21 Mio. Euro
	Nationale öffentliche Mittel	6,0 Mio. Euro
	Regionale öffentliche Mittel	4,5 Mio. Euro
	Private Kofinanzierungsmittel	-
	Weitere Private Mittel	-
Kontakt	Name	Rainer Stock
	Organisation	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Lan-des Brandenburg, Referat 33
	Adresse	Heinrich-Mann-Allee 107 14473 Potsdam
	E-Mail	rainer.stock@mbjs.brandenburg.de
	Internet	www.mbjs.brandenburg.de
Maßnahmen-/Politikbeschreibung	Ziel der Förderung des Programmes Initiative Oberschule (IOS) ist es, die Schulform Oberschule zu einem attraktiven Lernort für **alle** Schüler/-innen und Schüler zu machen. Programmschwerpunkte IOS: • Erarbeitung innovativer Schulentwicklungsansätze und nachweisbare Verbesserung der Qualität der Schulbildung, • Erhöhung der Schulleistungen und der höherwertigen Schulbaschlüsse; Senkung der Zahl vorzeitiger Schulabbrüche (Schulabgang ohne Schulabschluss), • Weiterentwicklung der Fachkonzepte zur Berufs- und Studienorientierung, die insbesondere die Ausbildungsfähigkeit/ Ausbildungswilligkeit der jungen Menschen nachhaltig erhöhen. Das Programm IOS besteht aus Schulprojekten zum sozialen Lernen, zur Herausbildung und Stärkung von sozialen Schlüsselkompetenzen, zur Berufs- und Studienorientierung sowie Angeboten des Praxislernens. Die Qualifizierung des Systems Schule wird sowohl über neue Lehr- und Lernerfahrungen im Kontext der o.g. Schulprojekte erreicht wie auch über gezielte berufsgruppenübergreifende Qualifizierungsmaßnahmen für Lehrkräfte und Fachkräfte aus den Bereichen Jugendhilfe, Soziales, Gesundheit etc. In Ergebnis des Programms konnte eine Verbesserung der individuellen Berufs- und Studienorientierung sowie eine Verbesserung Schulergebnisse bei den Schüler/-innen erreicht werden. Darüber hinaus gelang es, die Zahl der Schulabgänger ohne Schulabscluss siginifikant zu senken.	
Strategischer Kontext	Die Einführung der Schulform „Oberschule“ im Jahr 2005 hat es ermöglicht, trotz der Bedingungen eines Flächenlandes mit rapide sinkenden Schülerzahlen im Land Brandenburg ein dichtes Netz von weiterführenden Schulen aufrecht zu erhalten. Das wohnortnahe Angebot Oberschule erlaubt jeder Schülerin und jedem Schüler, in vertretbarer Entfernung eine Schule zu besuchen, die qualifizierte Abschlüsse und vielfältige Anschlussmöglichkeiten bietet. Die Schulform Oberschule steht hierbei insbesondere für die Sicherung der Anschlussfähigkeit für zahlreich nachfolgende	

	Bildungsgänge, wobei dem Übergang in die Berufsbildung besondere Bedeutung zukommt. Bei der Entwicklung der neuen Schulform Oberschule ging es insbesondere daher darum, alle Schülerinnen und Schüler optimal auf das spätere Berufsleben vorzubereiten. Grundsätzlich aber sind Schulen - auch die neuen Oberschulen - in sich geschlossene Systeme, die nach wie vor stark geprägt sind von traditionellen Lehr-und Lernmethoden. Die Kooperation der Schule mit gesellschaftlichen Akteuren wie z.B. mit der Wirtschaft, der Jugendhilfe, dem Gesundheitswesen ist nur teilweise ein struktureller Bestandteil des Schulalltages. Moderne Wissensvermittlung und besonders die Berufsorientierung erfordern einen breiten, übergeordneten Blick. Schülerinnen und Schüler brauchen heute individuelle, auf ihre Situation angepasste flexible über den Schulcampus hinausgehende Lernangebote, um die an sie gestellten schulischen und gesellschaftlichen Anforderungen erfüllen zu können. Die Kapazitäten des Systems Schule sind nicht derart ausgestattet, dass die erforderlichen Umstrukturierungsprozesse und neue pädagogische Ansätze neben der gesetzlich verpflichtenden Aufgabenwahrnehmung in einem angemessenen Zeitfenster realisierbar wären. Mit der IOS-Förderung wurde auf diese Herausforderungen reagiert.		
Design und Umsetzung	Die Umsetzung des Programms erfolgt durch drei sog. IOS-Regionalpartner (freie Träger der Jugendhilfe und Berufsbildung). Diese koordinieren das Programm fachlich und inhaltlich und beraten in diesem Zusammenhang die Schulen und deren Kooperationspartner (IOS-Projektträger) in allen Fragen der Durchführung IOS-Schulprojekte. Die einzelnen Maßnahmen/die Schulprojekte werden in der Verantwortung von Schule und kopierenden Trägern durchgeführt. Darüber hinaus begleiten die Regionalpartner das Programm finanziell. Obwohl die Fachentwicklung der Oberschulen durch die koordinierende Tätigkeit der sogenannten drei Regionalpartner angestoßen und begleitet wird, findet deren Initiierung und Realisierung an den Schulen statt. Dies stellt sicher, dass der konkrete Bedarf der Schulen und seiner regionalen Spezifika hinreichend Berücksichtigung findet. Ferner werden die Schulen mit Handlungsoptionen ausgestattet, die es ihnen ermöglichen, in eigener Verantwortung für Schüler/-innen und ihre Schule bedarfsangepasste Schulkonzepte zu erproben. Positive Erfahrungen, gleichermaßen Misserfolge stehen in direktem Zusammenhang mit den selbstgewählten Lösungsansätzen. Die Schule selbst wird so zum lernenden innovativen System, das sich nachhaltig entwickeln kann.		
Beitrag zu Europa 2020/ zu EU-Politiken		Ja	Nein
	Intelligentes Wachstum (Strategische Leitlinien 2007-2013: „Förderung des Wissens und der Innovation für Wachstum“)	X	
	Nachhaltiges Wachstum (Strategische Leitlinien 2007-2013: „Stärkung der Anziehungskraft Europas für Investoren und Arbeitskräfte“)		X
	Integratives Wachstum (Strategische Leitlinien 2007-2013: „Mehr und bessere Arbeitsplätze“)		X
	Territoriale Dimension der Kohäsionspolitik (z.B. Integrierte städtische Entwicklung, ländliche Entwicklung, oder ETC)		X
	Förderung der Gleichstellung der Geschlechter (Gender Mainstreaming oder spezifische Maßnahmen)	X	
	Verhinderung der Diskriminierung marginalisierter Gruppen/Förderung des Zugangs von Behinderten		X

10.4 Windenergiecluster Cuxhaven (Nachhaltiges Wachstum – EFRE + ESF)

Vorschlag Good-Practice-Beispiel		
Land	Deutschland	
Region	Niedersachsen	
Prioritätsachse/Politikbereich	EFRE 2007-2013, Zielgebiet Konvergenz Prioritätsachse 1: Steigerung der betrieblichen Wettbewerbsfähigkeit und der Beschäftigung insbesondere von KMU und Prioritätsachse 3: Unterstützung spezifischer Infrastrukturen für nachhaltiges Wachstum Förderprogramm • Einzelbetriebliche Förderung, Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" • Wirtschaftsnahe Infrastruktur Verkehrsinfrastruktur: Häfen	
Dauer (Beginn und tatsächliches oder geplantes Ende)	01.01.2008 bis 10.12.2008 11.02.2008 bis 26.12.2010 27.02.2009 bis 31.12.2011	
Ziel	× Konvergenz □ Wettbewerbsfähigkeit	
Finanzierung	Förderfähige Gesamtkosten	98,70 Mio. Euro
	EU-Mittel	27,70 Mio. Euro gesamt (für drei Einzelprojekte)
	Nationale öffentliche Mittel	8,12 Mio. Euro GA
	Regionale öffentliche Mittel	15,97 Mio. Euro Landesmittel
	Private Kofinanzierungsmittel	43, 91 Mio. Euro
	Weitere Private Mittel	/
Kontakt	Name	Eberhard Franz
	Organisation	Verwaltungsbehörde EFRE und ESF Niedersachsen
	Adresse	Friedrichswall 1, 30159 Hannover
	E-Mail	Eberhard.franz@mw.niedersachsen.de
	Internet	http://www.offshore-basis.de/
Maßnahmen-/Politikbeschreibung	Unter dem Titel „Windenergiecluster Cuxhaven" werden verschiedene Projekte aus unterschiedlichen Förderprogrammen zusammengefasst, die auf ein gemeinsames Ziel, die regionale Wirtschaftsstruktur zu verbessern, ausgerichtet sind. Gleichzeitig wird das strategische Europa 2020-Ziel „Ressourcenschonendes Europa – Unterstützung der Umstellung auf eine ressourceneffiziente und emissionsarme Wirtschaft" bereits berücksichtigt. Die stärkere Nutzung erneuerbarer Energien bietet großes Potenzial zur Schaffung zahlreicher Arbeitsplätze in den Unternehmen der Offshore-Windindustrie und deren Zulieferern. Cuxhaven bietet durch seine Lage optimale Bedingungen für den Bau und die Montage von Offshore-Windenergieanlagen. Hier wurde eine Infrastruktur geschaffen, um die vor Ort gefertigten Anlagen ohne große Transportwege zu verschiffen. Bereits in der Strukturfondsförderphase 2000 bis 2006 wurden Grundvoraussetzungen für die Ansiedlung der Offshore-Windindustrie in Cuxhaven gefördert. Mit Mitteln des EFRE wurden die Erschließung des Industriegebietes und die Errichtung der Infrastruktur (Schwerlastplattform, Offshore-Terminal, Gewerbegebiet) gefördert.	

	In der aktuellen Förderphase 2007 bis 2013 werden mit rd. 27,7 Millionen Euro EFRE-Mitteln zurzeit eine Betriebsansiedlung, eine Erweiterung des Gewerbegebietes und die Herstellung des Offshore-Basishafens Cuxhaven gefördert. Bis 2011 wurden in der Offshore-Industrie 500 neue Arbeitsplätze direkt geschaffen. Im Zeitraum 2012 bis 2015 werden voraussichtlich weitere 850 Arbeitsplätze entstehen. Neben der Förderung mit EFRE-Mitteln werden mit Mitteln des ESF entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen für Erwerbslose und Beschäftigte gefördert, um den benötigten Fachkräften im Offshore-Windenergieanlagenbau eine Reihe von speziellen Kenntnissen und Fähigkeiten zu vermitteln. **Zu den einzelnen EFRE-Projekten:** Projekt „Errichtung einer Betriebsstätte“, Firma AMBAU GmbH Stahl- und Anlagenbau: Die Produktionsstätte ist für die Produktion von Stahlrohrtürmen für die Offshore-Windenergie konzipiert. Bei der Herstellung dieser Stahlrohrtürme sind im Gegensatz zu den im On-shore-Bereich verwendeten Türmen bestimmte Anforderungen zu beachten. Projekt „Erschließung des Gewerbegebietes Offshore Basis Cuxhaven, 4. BA“, CuxHafEn GmbH – Cuxhavener Hafen Entwicklungsgesellschaft: Teilerschließung des Gewerbe- und Industriegebietes B 141 in einer Größenordnung von ca. 42,4 ha für Unternehmen der Offshore-Windkraftindustrie. Projekt „Herstellung Offshore Basishafen Cuxhaven“, Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG: Der Standort des neuen Offshore Terminal I liegt am Südufer der Elbe, östlich des Europakais im Bereich des Grodener Hafens. Nachrichtlich: Projekt 1 „Errichtung einer Betriebsstätte“ • Ges.: 48.750.000,00 Euro • EU: 3.318.750,00 Euro • GA-Mittel: 318.750,00 Euro • Private Mittel: 42.112.500,00 Euro Projekt 2 „Erschließung des Gewerbegebietes Offshore Basis Cuxhaven, 4. BA“ • Ges.:18.000.000,00 Euro • EU: 8.400.000,00 Euro • Private Mittel: 1.800.000,00 Euro • GA-Mittel: 7.800.000,00 Euro Projekt 3 „Herstellung Offshore Basishafen Cuxhaven“ • Ges.: 31.945.018,88 Euro • EU: 15.972.509,44 Euro • Landesmittel: 15.972.509,44 Euro		
Strategischer Kontext	s.o.		
Design und Umsetzung	s.o.		
Beitrag zu Europa 2020/ zu EU-Politiken		Ja	Nein
	Intelligentes Wachstum (Strategische Leitlinien 2007-2013: „Förderung des Wissens und der Innovation für Wachstum“)	x	
	Nachhaltiges Wachstum (Strategische Leitlinien 2007-2013: „Stärkung der Anziehungskraft Europas für Investoren und Arbeitskräfte“)	x	
	Integratives Wachstum	x	

	(Strategische Leitlinien 2007-2013: „Mehr und bessere Arbeitsplätze“)		
	Territoriale Dimension der Kohäsionspolitik (z.B. Integrierte städtische Entwicklung, ländliche Entwicklung, oder ETC)		
	Förderung der Gleichstellung der Geschlechter (Gender Mainstreaming oder spezifische Maßnahmen)		
	Verhinderung der Diskriminierung marginalisierter Gruppen/Förderung des Zugangs von Behinderten		

ESF Niedersachsen: Motivieren – Trainieren – Qualifizieren – für die Offshore-Industrie Cuxhaven (M-T-Q Offshore)

Das Projektkonzept wurde gemeinsam von den Jobcentern Cuxhaven und Stade und von drei Bildungsträgern entwickelt. Die Bildungswerk Niedersächsischer Volkshochschulen GmbH (kurz BNVHS) mit Ausbildungsstätten in Cuxhaven, Bremerhaven, Buxtehude und Stade führt als Antragssteller das Projekt in Gesamtverantwortung durch. Die Kreisvolkshochschule Aurich und die Berufsbildungswerk Cadenberge GmbH sind mit nennenswerten Anteilen an der Projektdurchführung beteiligt.

Anlass für die Projektierung waren Planungen der Firma STRABAG-Offshore GmbH, ein Werk zur Produktion von Betonfundamenten für Offshore-Windparks in Cuxhaven zu bauen (prognostizierter Bedarf von 500 Arbeitskräften, davon viele für einfachere Anlerntätigkeiten im Betonbau).

Auch die Firmen AMBAU GmbH und Cuxhaven Steel Construction GmbH haben Pläne, zusätzliche Produktionsflächen zu bebauen, um Gründungsstrukturen und Türme für Offshore-Windparks aus Stahl herzustellen und die Fertigungstiefe in der bereits bestehenden Produktion vor Ort zu erhöhen.

Das M-T-Q Projekt richtet sich an SGB-II-Leistungsempfänger im Bereich der Jobcenter Cuxhaven und Stade. Es werden Arbeitslose ohne Berufsausbildung oder mit länger zurückliegender Berufstätigkeit angesprochen. Migranten und Jugendliche der Zielgruppe sollen jeweils ca. 25 Prozent der Teilnehmer stellen.

Die zentralen Ziele von „M-T-Q-Offshore" sind Qualifizierungen in den Berufsfeldern Beton und Metallbau. Nach einer Eignungsfeststellung in einem Trainingscenter folgen eine mindestens halbjährige Grundqualifizierung mit zertifizierten Modulen im Beton- bzw. Metallbau und ein Betriebspraktikum. Im Anschluss besteht in weiteren Trainingsmodulen die Möglichkeit, Qualifikationen mit Abschluss zu erlangen, wie Schweißerprüfungen, Kran- oder Hubarbeitsbühnenbedienerschein oder eine Qualifizierung im Gerüstbau. Begleitet wird dies von Förderunterricht, um (fach-)sprachliche Fähigkeiten, Fachwissen und persönliche

Die Produkte von CSC (Tripiles – Stahlgründungselemente) in der Morgensonne

Kompetenzen zu erweitern. Hierzu gehört auch die Entwicklung von Strategien, um persönliche, berufliche und räumliche Mobilität (zurück) zu gewinnen und die Arbeitsfähigkeit (wieder) herzustellen.

Nach fast einem Jahr Projektlaufzeit sind allein aus den vier Geschäftsstellen des Jobcenters Cuxhaven 459 Personen zugewiesen worden. Insgesamt sind etwas über 400 Teilnehmer tatsächlich in das Projekt eingetreten. Über die Hälfte der Teilnehmenden hat nach dem Trainingscenter die Qualifizierungsphase begonnen.

Verwaltungsbehörde EFRE und ESF in Niedersachsen
Eberhard Franz
Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Referat 14
Friedrichswall 1, 30159 Hannover
eberhard.franz@mw.niedersachsen.de
www.eu-foerdert.niedersachsen.de

10.5 Stärkung der berufsbezogenen Sprachkompetenz (Integratives Wachstum – ESF)

Vorschlag Good-Practice-Beispiel		
Land	Deutschland	
Region	Alle Bundesländer	
Prioritätsachse/Politikbereich	Prio-Achse C; Code 70: Spezifische Maßnahmen zur Förderung der Teilnahme von Migranten am Erwerbsleben: ESF-BAMF-Programm - Stärkung der berufsbezogenen Sprachkompetenz für Personen mit Migrationshintergrund	
Dauer (Beginn und tatsächliches oder geplantes Ende)	01.01.2007 – 31.12.2013	
Ziel	× Konvergenz × Wettbewerbsfähigkeit	
Finanzierung	Förderfähige Gesamtkosten	478 Mio. €
	EU-Mittel	230 Mio. €
	Nationale öffentliche Mittel	232 Mio. €
	Regionale öffentliche Mittel	
	Private Kofinanzierungsmittel	16 Mio. €
	Weitere Private Mittel	
Kontakt	Name	Dr. Markus Richter
	Organisation	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
	Adresse	Frankenstr. 210, 90461 Nürnberg
	E-Mail	Dr.Markus.Richter@bamf.bund.de
	Internet	http://www.bamf.de
Maßnahmen-/Politikbeschreibung	(Bitte geben Sie an: Gesamtziel - Beschreibung der Aktivitäten - Benennung der Begünstigten - erreichte Ergebnisse) Ziel des ESF-BAMF-Programms ist es, durch berufsbezogene Sprachförderung arbeitslose bzw. arbeitsuchende Migranten und Migrantinnen in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln bzw. den Erhalt des Arbeitsplatzes von Beschäftigten mit Migrationshintergrund zu sichern. Die berufsbezogenen Sprachkurse des Bundesamtes setzen sich aus 2 Hauptkomponenten zusammen, dem berufsbezogenen Sprachunterricht und der fachlichen Qualifizierung. Letztere umfasst sowohl den Fachunterricht sowie ein Praktikum im Betrieb und verschiedene Betriebsbesichtigungen. Der Umfang der beiden Komponenten umfasst zusammen max. 730 UE, in welchem Umfang der Sprach- und der Fachunterricht im Einzelnen ausgestaltet sind, richtet sich an den Vorkenntnissen und dem Schulungsbedarf der Teilnehmer. Flankierend zur inhaltlichen Gestaltung der Kurse wird bei jedem Kurs eine sozialpädagogische Betreuung eingesetzt. Die Bandbreite der Kursausrichtungen geht über berufsorientierende Kurse, über gewerblich-technisch, Lager-Logistik, Handel bis hin zu Pflege- und Akademikerkursen. Die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Stellen wird durch Netzwerktreffen, welche insbesondere durch die AußendienstmitarbeiterInnen des Bundesamtes initiiert werden, gefördert. Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels nimmt das Bundesamt an Rekrutierungsveranstaltungen der ZAV im europäischen Ausland teil, um möglichen Arbeitnehmern die Möglichkeiten eines berufsbezogenen Sprachkurses nahezubringen. Im Rahmen des ESF-BAMF-Programms können alle Personen mit Migrationshintergrund gefördert werden, die einer sprachlichen und fachlichen Qualifizierung für den Arbeitsmarkt bedürfen. Dies sind insbesondere Leistungsempfänger nach den Sozialgesetzbüchern (SGB) II und III, aber auch Nicht-Leistungsempfänger und Migrantinnen und Migranten, die in einem Beschäftigungsverhältnis stehen.	

	Ab 01.01.2012 werden zusätzlich Personen aus dem ESF-Bundesprogramm für Bleiberechtigte und Flüchtlinge mit (mindestens nachrangigem) Zugang zum Arbeitsmarkt zugelassen. Die Vermittlungsquote in den Arbeitsmarkt, in Ausbildungen und in allgemeine Weiterbildungsmaßnahmen liegt bei über 46 %. Damit wird die Erwartung an das Programm mit einer Vermittlungsquote von 20 % übertroffen. Insgesamt wurden seit dem Förderjahr 2009 ca. 3.700 Projekte beantragt. Seit 2009 haben insgesamt ca. 65.000 Teilnehmer ESF-BAMF-Kurse besucht.		
Strategischer Kontext	(Bitte geben Sie an: Hintergrundinformationen, Problembeschreibung, Verbindung zu einer für das Programm zentralen Herausforderung, die durch die Aktivität verändert/behoben werden soll) Im Zuge des Wandels von einer Industrie- zur heutigen Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft hat sich in Deutschland die Zahl der Tätigkeiten, bei denen Deutschkenntnisse keine oder nur eine untergeordnete Rolle spielen, deutlich reduziert. Zurückzuführen ist diese Entwicklung zum einen darauf, dass in den letzten Jahrzehnten einfache Arbeitsplätze millionenfach weggefallen bzw. ins Ausland verlagert worden sind; zum anderen werden gute bis sehr gute berufsbezogene Deutschkenntnisse heute auch bei Tätigkeiten gefordert, die früher nicht als ausgeprägt sprachintensiv galten. Hier knüpft das ESF-BAMF-Programm an. Durch die berufsbezogene Sprachförderung wird die berufliche Handlungsfähigkeit von Personen mit Migrationshintergrund allgemein verbessert sowie eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe an beruflicher Weiterbildung gegeben. Die Arbeitsmarktchancen dieser benachteiligten Gruppe werden durch die ESF-BAMF-Förderung verbessert, dies wird insbesondere durch die hohe Vermittlungsquote deutlich.		
Design und Umsetzung	(Bitte beschreiben Sie das Design der Maßnahme, die Managementverfahren, das Monitoring sowie insbesondere die innovativen oder good-practice Elemente) Das ESF-BAMF-Programm umfasst berufsbezogene Deutschförderung für Personen mit Migrationshintergrund. In 122 Fördergebieten werden deutschlandweit ESF-BAMF-Projekte mit einer Dauer von 6 (Vollzeitkurs) bis 12 Monaten (Teilzeitkurs) durchgeführt. Der Schwerpunkt liegt dabei in der Förderung von SGB II bzw. SGB III-Empfängern. Ein besonderer Fokus ist ebenfalls in der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter zu sehen, ca. 2/3 der Teilnehmer der ESF-BAMF-Kurse sind weiblich. Speziell für Frauen konzipierte Kurse berücksichtigen die besondere Situation von Frauen. Darüber hinaus befinden sich auch reine Behindertenkurse in der Planung, um auch diesem Personenkreis einen Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen.		
Beitrag zu Europa 2020/ zu EU-Politiken		Ja	Nein
	Intelligentes Wachstum (Strategische Leitlinien 2007-2013: „Förderung des Wissens und der Innovation für Wachstum“)		x
	Nachhaltiges Wachstum (Strategische Leitlinien 2007-2013: „Stärkung der Anziehungskraft Europas für Investoren und Arbeitskräfte“)	x	
	Integratives Wachstum (Strategische Leitlinien 2007-2013: „Mehr und bessere Arbeitsplätze“)		x
	Territoriale Dimension der Kohäsionspolitik (z.B. Integrierte städtische Entwicklung, ländliche Entwicklung, oder ETC)		x
	Förderung der Gleichstellung der Geschlechter (Gender Mainstreaming oder spezifische Maßnahmen)	x	
	Verhinderung der Diskriminierung marginalisierter Gruppen/Förderung des Zugangs von Behinderten	x	